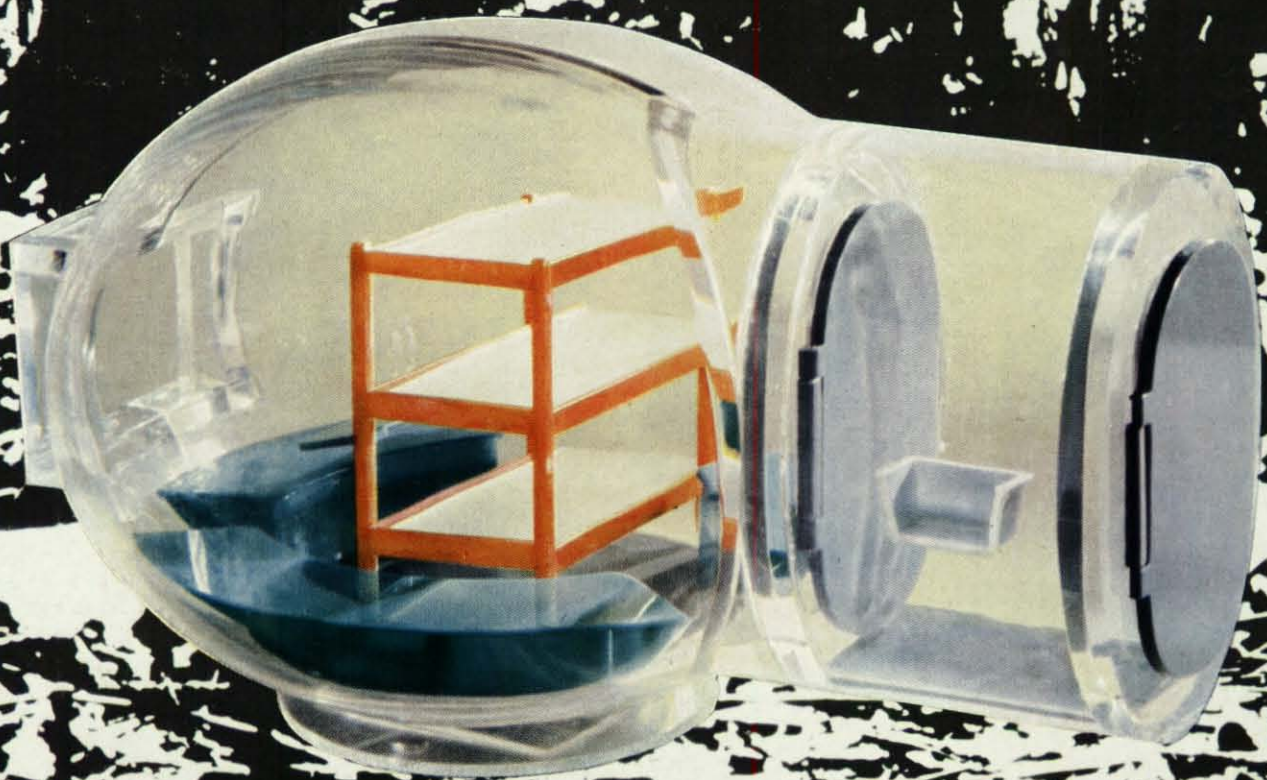


Beilage: Vorschriften für den Zivildienst

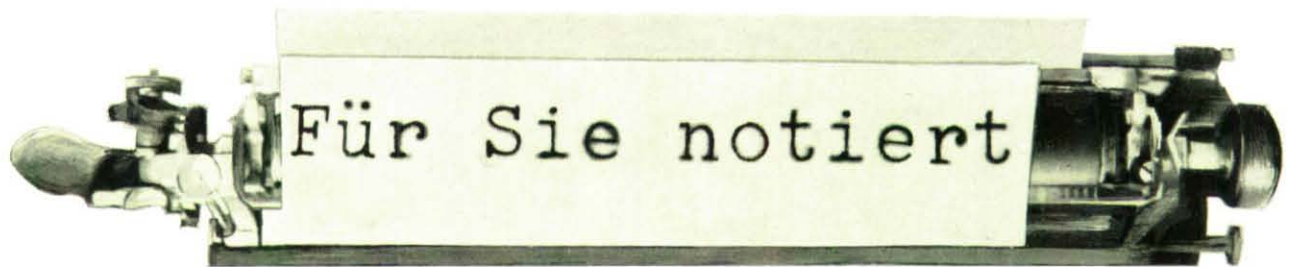
# Ziviler Bevölkerungsschutz

# ZB

Nr. 8 · August 1968 · 13. Jahrgang · Preis des Einzelheftes DM 1,50







## Verletzte werden unterkühlt

In der Sowjetunion wurde ein neues Gerät – „Hypotherm“ genannt – entwickelt, das in der Unfallchirurgie und auch auf anderen Gebieten nützliche Dienste leisten wird. Bei schweren Kopfverletzungen kann in der Regel der Verunglückte nur kurze Frist ohne ärztliche Hilfe bleiben. Das „Hypotherm“ verlängert diese Frist. Über den verbundenen Kopf des Verunglückten wird eine Art elastischer Helm gestülpt, der eine Temperatur von  $-20$  Grad erzeugt. Bei solcher Temperatur werden die Lebensfunktionen des Gehirns stark herabgesetzt. In diesem Zustand kann der Patient mit sehr viel größerer Hoffnung auf Rettung in ein Krankenhaus überführt werden. Das „Hypotherm“ kann mit Hilfe des beschriebenen Helmes, eines Brust-

panzers oder auch anderer Vorrichtungen jede beliebige Stelle des Körpers unterkühlen. Das Gerät ist sehr kompakt und einfach in seiner Handhabung. Es kann jede gewünschte Temperatur zwischen  $-20$  Grad und  $+50$  Grad erzeugen. Der Übergang von der Unterkühlung bis zur Erwärmung dauert etwa 10 Minuten. wfj

## Selbstschutz ist dabei

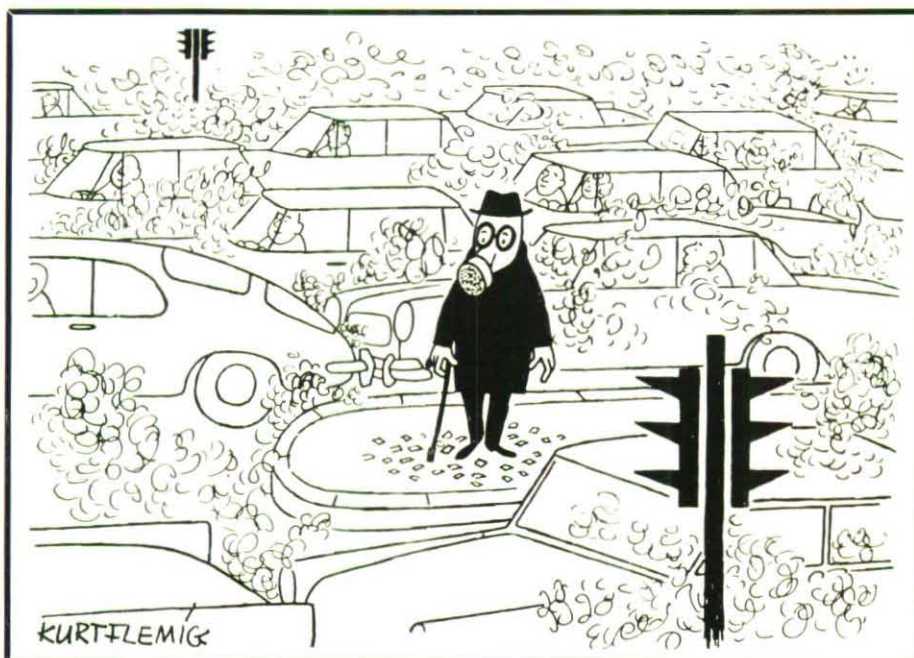
Aus den Berichten der BVS-Landestellen über die Verwendung der Ausrüstungen von Selbstschutzzügen bei Katastrophen, Notständen und größeren Unglücksfällen im Berichtszeitraum vom 1. 3. 1967 bis 29. 2. 1968 geht hervor, daß 1145 Helfer des BVS und der Selbstschutzzüge an insgesamt 58 Einsätzen teilgenommen haben.

## Strahlenschutzkurse

Die seit 1960 u. a. für Ärzte, Naturwissenschaftler, Verwaltungsbeamte, Lehrer höherer Lehranstalten, Krankenschwestern, Polizei und Feuerwehr regelmäßig stattfindenden Strahlenschutzkurse des Institutes für Strahlenschutz der Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF) in München-Neuherberg erfreuen sich wachsenden Zuspruches. Die Kurse werden je nach Vorbildung und Zusammensetzung der Teilnehmer in 29 Kombinationen variiert. Insgesamt verzeichneten Wochenkurse bisher über 5600 Teilnehmer – davon allein 1967 etwa 850 – und kürzere Informationstagungen über 17000 Teilnehmer, meist Studenten und Schüler. Vorbereitet werden zur Zeit „Spezialkurse“, in denen aktuelle Strahlenschutzprobleme und neue Methoden der Strahlenschutzüberwachung vornehmlich von Gastdozenten behandelt werden sollen, die auf ihrem Gebiet besonders erfahren sind.

## Nicht beschlagende Atemmaske

Eine in England hergestellte, ganz aus PVC bestehende Atemmaske zur Verwendung in Industriebetrieben soll durch einen über Mund und Nase eng anliegenden Innenteil nicht beschlagen. Die Maskenbänder sind verstellbar, so daß ein bequemer und sicherer Sitz garantiert ist. Die eingatmete Luft geht durch den Schutzteil, während die Abluft durch ein Rückschlagventil austritt, das sich am unteren Teil des Gerätes befindet. Die Maske kann auch mit eingebautem Mikrophon geliefert werden. wfj





# ZB 8'68

Nr. 8 · August 1968 · 13. Jahrgang

## Inhalt:

- Seite **II** Für Sie notiert
- Seite **2** Schutzraumbau – Freiwillig aus Einsicht oder erzwungen durch ein Gesetz. Von Dipl.-Ing. Neckermann
- Seite **3** Unter Halbmond und Davidstern. Flüchtlinge im Nahen Osten. Wie sie leben, wo sie bleiben. Ein Reisebericht von Helmut Freutel. Es fotografierte Günter Sers
- Seite **15** Weltpolitik kann unser Menü bestimmen. Neue Notvorrat-Aktion der Schweizer Behörden
- Seite **16** Der Schweizer Zivilschutz als Vorbild. Bonner Parlamentarier auf instruktiver Studienreise. Von Herbert Alboth
- Seite **18** Herumstehen nutzt nichts. General Li baut mit 70 000 jungen Chinesen. Von F. L. von Thadden
- Seite **23** Für den Rettungseinsatz geschaffen. Von Fritz Wagner
- Seite **25** Polizeihunde im Kampf gegen den Lawinentod. Von Polizeidirektor Dr. Othmar Keller
- Seite **28** Deutsche Sanitäts-Shelter nach Vietnam. Von H. C. Weiler
- Seite **30** Landesstellen berichten
- Seite **III** Wirbelsturm raste über Pforzheim
- Seite **IV** ZB im Bild



Zu unserem Titelbild: Hier hat Günter Sers versucht, durch Einblenden eines modernen Schutzraumes in das düstere Bild einer Straße im zweiten Weltkrieg zu zeigen, welche Überlebenschance die Bewohner dieser Häuser gehabt hätten. Es ist die Aufgabe des Bundesverbandes für den Selbstschutz, die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß nicht nur die Waffenwirkung verstärkt wurde, sondern auch die Schutzmöglichkeiten dieser gefährlichen Entwicklung angeglichen werden.

Foto: Günter Sers

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz, 5 Köln, Eupener Straße 74, Telefon 49 50 71

Layout und Grafik:  
Hannelore Apitz

Druck, Verlag und Anzeigenverwaltung:  
Münchner Buchgewerbehäus GmbH  
8 München 13, Schellingstraße 39—41  
Telefon 22 13 61

Anzeigenleiter:  
Hans Horsten  
Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste 4/D

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion  
Für unverlangte Beiträge keine Gewähr  
Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug,  
ist nur mit Quellenangabe und mit  
Genehmigung der Redaktion gestattet

Einzelpreis je Heft DM 1,50 zuzüglich Porto  
(Österreich: öS 10,—, Schweiz: Fr. 1,80,  
Italien: L 250)

Abonnement vierteljährlich DM 4,50,  
jährlich DM 18,—.

Im Bezugspreis von DM 1,50 je Heft  
sind 5,5% Mehrwertsteuer enthalten

Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum  
Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen.

Sie muß bis spätestens an dessen  
erstem Tag beim Verlag eingehen.  
Bestellungen bei jedem Postamt  
oder beim Verlag.



ZB erscheint monatlich

Chefredakteur:  
Dr. Bruno F. Schneider

Redaktion:  
Helmut Freutel  
Alfred Kirchner



# **Schutzraumbau – freiwillig aus Einsicht oder erzwungen durch ein Gesetz?**

Der 1. Juli 1968 ist vorübergegangen, ohne daß das Schutzbaugesetz Wirklichkeit geworden ist; denn das Inkrafttreten der wesentlichsten Teile des Schutzbaugesetzes wurde wiederum – nun auf unabsehbare Zeit – verschoben. Ein Gleiches war diesem Gesetz schon einmal widerfahren, denn ursprünglich sollte es schon am 1. Juli 1966 in Kraft treten. Das Haushaltssicherungsgesetz, das damals die Ursache der Verschiebung des Inkrafttretens war, hatte diese auf „nur“ zwei Jahre begrenzt, während nunmehr das Finanzänderungsgesetz der Grenzen mehr setzt. Einen Schutzraumbau auf der Basis einer allgemeinen Schutzraumbaupflicht wird es also nicht geben.

Diejenigen Menschen, die sich mit dem Selbstschutz der Bevölkerung befassen, diese Entwicklung bedauern. Andere, die sich diesem Gesetz mehr oder minder heftig widersetzt haben, werden darüber erfreut sein. Die große Masse unserer Bevölkerung aber – und das ist das Bedauerliche – ist davon nicht berührt, d. h. sie steht diesem Fragenkomplex völlig gleichgültig und meinungslos gegenüber. Darin liegen Gefahr und Hoffnung zugleich. Gefahr deshalb, weil Gleichgültige, Meinungslose keinen positiven Einfluß auf die Entwicklung von Geschehnissen nehmen, und Hoffnung deshalb, weil Meinungslosigkeit und Gleichgültigkeit immer nur auf mangelnder Sachkenntnis beruhen, und dem kann und muß durch Information abgeholfen werden.

Denn in Zukunft wird jeder errichtete Schutzraum ein freiwillig errichteter Schutzraum sein. Zwar war das auch bisher so, aber im Hintergrund standen die Möglichkeit und die Hoffnung – je nach Standpunkt –, daß das Bauen von Schutzräumen zur Pflicht würde. Das hat sich nun geändert. Die Notwendigkeit des Vorhandenseins einer ausreichenden Anzahl von Schutzräumen ist allerdings dadurch nicht geringer geworden. Es muß also die Aufgabe

aller derer sein, die sich mit dem Schutz der Zivilbevölkerung in irgendeiner Form befassen, möglichst weite Kreise der Bevölkerung davon zu überzeugen, daß Schutzräume nützlich und notwendig sind, und möglichst viele Bauherren dafür zu gewinnen, in ihre Neu- oder Umbauten Schutzräume mit einzubeziehen, nicht, weil der Staat sie dazu zwingt, sondern aus freiwilliger Überzeugung. Dies stellt naturgemäß höhere Anforderungen sowohl an die, die überzeugen wollen, als auch besonders an diejenigen, die Schutzräume freiwillig errichten sollen; es hat aber zahlreiche Vorteile, da die weitgehend psychologisch bedingte Gegnerschaft gegen alle staatlichen Zwangsmaßnahmen von vornherein entfällt.

Neben diesem Überzeugen vom Sinn und Zweck sowie den Möglichkeiten und Grenzen des Schutzraumbaus muß gleichzeitig, und das ist besonders wichtig, auch die Information über das zweckmäßige technische Wie gegeben werden. Es muß deutlich werden, daß ein Schutzraum nur einen relativ bescheidenen Kostenaufwand erfordert. Beides Informationen, die beim heutigen weit fortgeschrittenen Stand der Schutzraumtechnik und unter Zugrundelegung der Anforderungen an den „Grundschutz“ durch die Bauberater des Bundesverbandes für den Selbstschutz ohne weiteres gegeben werden können.

Falls es gelingen sollte, und dazu bedarf es sehr intensiver und lang andauernder Anstrengungen, mit all diesen Informationen weiteste Kreise der Bevölkerung vertraut zu machen, dann wird es in absehbarer Zeit nicht nur keine Gegner des Schutzraumbaus mehr geben – denn vernünftige Gründe sind nicht vorzubringen –, sondern die freiwillige Errichtung von Schutzräumen wird ein immer größeres Ausmaß annehmen.

So gesehen wäre der 1. Juli 1968 nicht das Ende des Schutzraumbaus, sondern ein neuer Anfang unter günstigeren Vorzeichen.

Dipl.-Ing. Neckermann



# Unter Halbmond und Davidstern

## *Flüchtlinge im Nahen Osten*

**Wie sie leben, wo sie bleiben**

**Ein Reisebericht von  
Helmut Freutel**

*Es fotografierte Günter Sers*

**Fortsetzung aus ZB Nr. 6 und 7**



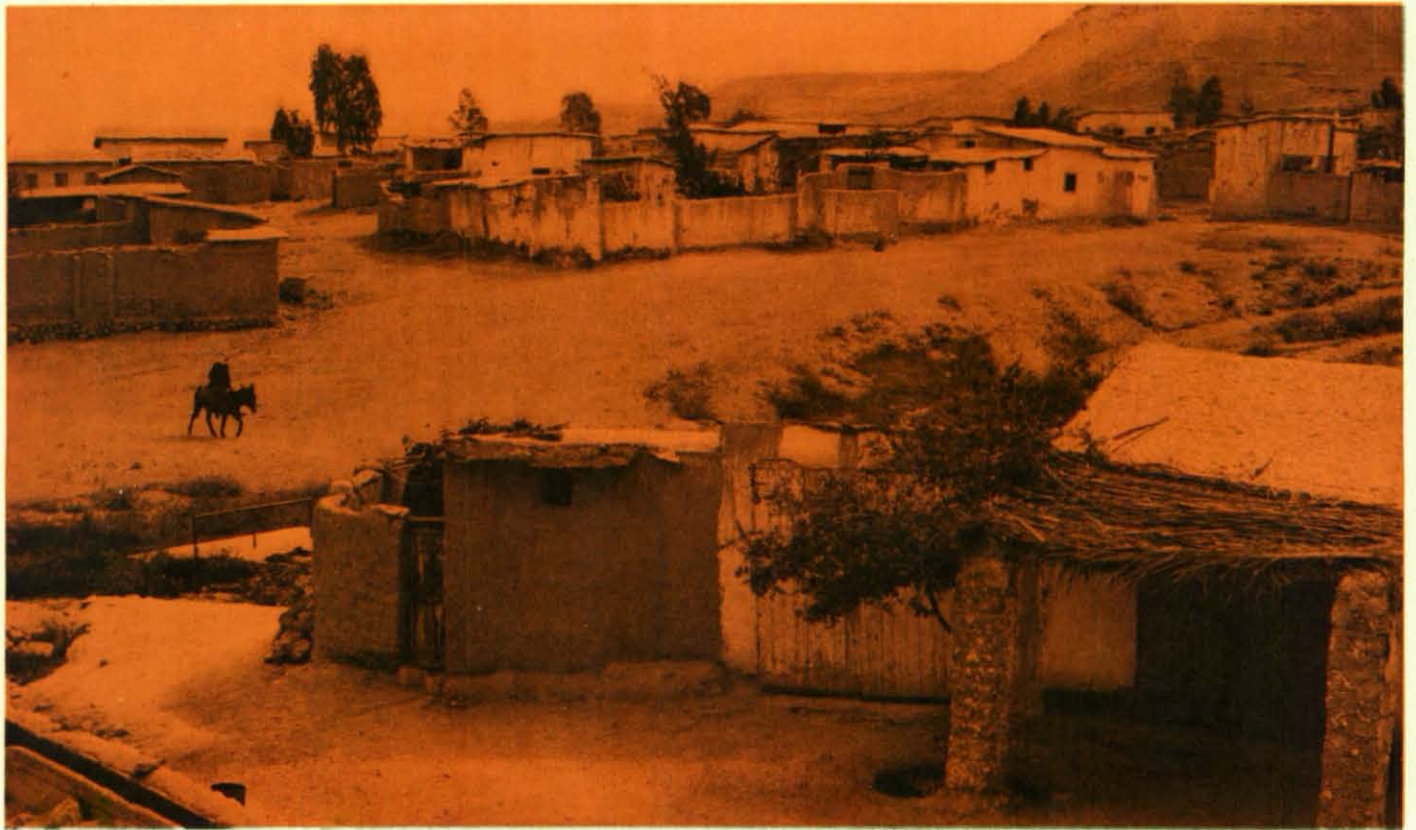
Wenn ich heute in meinen Tagebuchaufzeichnungen blättere, stehen die Bilder wieder vor mir. Immer sind es diese leuchtenden und strahlenden Bilder, die mir ein Gefühl der Fremdheit geben. Ich denke an die feuchte und stickige Hitze, an den strahlendblauen Himmel, an dem nur dünne, fetzige Wölkchen hängen. Ich sehe wieder die flachen und bescheidenen Häuser in Israels Städten und Dörfern, den brandenden Verkehr in Tel Aviv und höre das Donner der vielen Busse. Ich rieche den

**Blick von einem Hügel der Berge Judäas auf das Flüchtlingslager Aqbat Jaber bei Jericho. Bis zum Junikrieg hat dieses Lager 27 000 Menschen Unterkunft geboten.**

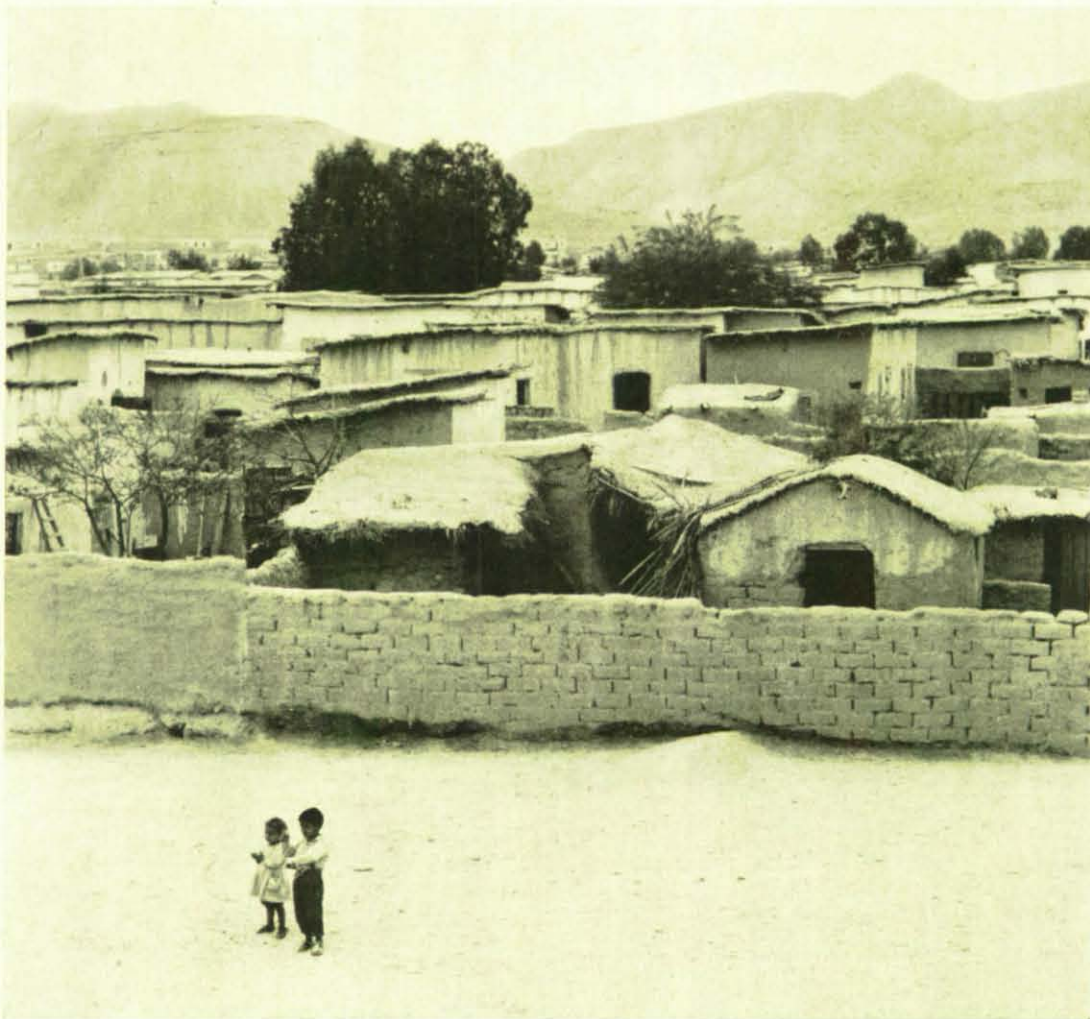
süßlichen Geruch der Abgase, die durch den ungereinigten Kraftstoff hervorgerufen werden. In Gedanken fahre ich wieder über den glühenden Asphalt, wenn außerhalb der Städte der Wind den feinen scharfen Sand an den Straßenrändern zu kleinen Dünen anhäuft. Grüne, fruchtbar gewordene Felder und Plantagen wechseln ab mit verbrannter kahler Landschaft, in der die Gegenstände in der Hitze oft nur flimmernd zu erkennen sind.

Wir haben viele solcher Fahrten gemacht.





**Oben:** Die meisten der armseligen Lehmhütten der Lager um Jericho sind verlassen. Voller Furcht vor dem Krieg sind die Bewohner über den Jordan geflohen.



**Links:** In ungewöhnlicher Eintönigkeit kleben die Lehmhütten aneinander. Doch boten die primitiven Unterkünfte ihren Bewohnern Schutz vor der sengenden Hitze und den kalten Nachtwinden.



Meistens im Sherut-Taxi, dem Gemeinschaftstaxi für den Überlandverkehr. Sie verkehren zwischen den wichtigsten Städten des Landes und haben in jeder Stadt ihren festen Abfahrts- und Ankunftspunkt. Außer dem Fahrer nehmen sie sieben Reisende auf, die sich den Fahrpreis teilen, was die Fahrt für den einzelnen sehr preisgünstig macht. Als Taxi dienen meistens große amerikanische Straßenkreuzer, aber auch deutsche Mercedes. Fährt man zum ersten Mal mit einem solchen Sherut-Taxi, so stockt einem manchmal der Atem, wenn man erlebt, wie der Fahrer, während er das Fahrzeug mit einer Hand durch den dichten Verkehr lenkt, mit der anderen Hand das Fahrgeld kassiert, Wechselgeld herausgibt, zwischenhupt und Zeichen gibt, das Auto-Radio bedient und gestikuliert. Aber — o Wunder — es geht immer gut. Auf unserer Fahrt nach Jericho benutzten Günter Sers und ich ein solches Taxi zwischen Tel Aviv und Jerusalem. Die Zeit verging dabei wie im Fluge. Unter der bunt zusammengewürfelten Reisegesellschaft sind immer einige Fahrgäste, die sich gerne unterhalten. Und da die meisten Menschen in diesem Lande mehrere Sprachen fließend sprechen, ist dies auch gar nicht schwer.

In Jerusalem trafen wir uns im Distrikt-Büro der UNRWA mit Mohammed Javallah, dem Assistenten des neuseeländischen Presseleiters Allan Graham. Mr. Javallah gab uns einen Überblick über die Ereignisse, die während des Sechs-Tage-Kriegs und danach die Flüchtlinge im westlichen Jordanland und die Arbeit der UNRWA stark berührten.

### Flucht über den Jordan

Innerhalb von wenigen Tagen flohen nach dem Ausbruch der Kampfhandlungen am 5. Juni 1967 viele tausend arabischer Familien in panischer Angst aus ihrem bisherigen Wohngebiet. Unter

diesen Flüchtlingen, die in großen Trecks über den Jordan nach Ostjordanien zogen, waren viele, die nun nach 20 Jahren zum zweitenmal flohen.

Diese Flucht, die nicht nur aus jordanischem sondern auch aus syrischem und libanesischem Gebiet stattfand, erschwerte die Aufgabe der UNRWA ganz erheblich. Die Flucht schuf auch neue Probleme, die einer dringenden Lösung bedurften.

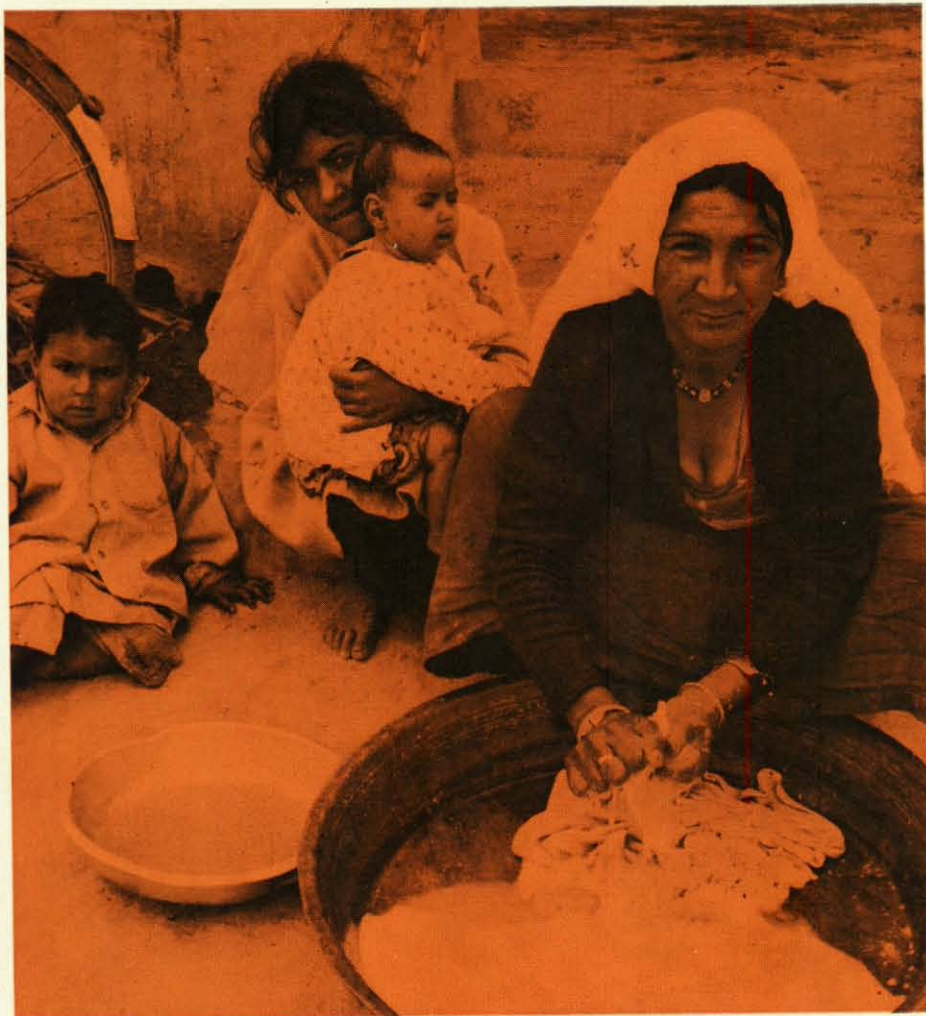
In dem Bericht, den der Generalkommissar der UNRWA, Laurence Michelmore, am 20. Oktober 1967 erstattete, heißt es jedoch, daß die UNRWA schon bald nach Beendigung der Feindseligkeiten in der Lage gewesen sei, die Arbeit zugunsten der Flüchtlinge wieder aufzunehmen. Im Libanon sei diese Arbeit — abgesehen von einer zeitweiligen Schließung der Schulen — niemals unterbrochen worden. In Ostjordanien und im größten Teil Syriens sei es möglich gewesen, die normale Tätigkeit gleich nach den Feindseligkeiten wiederaufzunehmen. Das Flüchtlingshilfswerk der UNO habe dabei selbst manches Hindernis überwinden müssen und auch Verluste an Material erlitten.

Aus dem Bericht geht hervor, daß etwa 200 000 Menschen aus Westjordanien nach Ostjordanien flohen, von denen 100 000 beim Hilfswerk registriert waren. In Übereinstimmung mit der jordanischen Regierung habe das Hilfswerk sechs neue Zeltlager errichtet und in Betrieb genommen, um dort die Flüchtlinge aufzunehmen. Mitte August seien 73 200 Personen in den neuen Lagern untergebracht gewesen. Bei der UNRWA sei man allerdings der Hoffnung gewesen, so heißt es weiter in dem Bericht, daß diese Unterbringung nur eine zeitweilige Regelung sei, und daß der Hauptteil der Flüchtlinge wieder nach Westjordanien zurückkehren könnte, so wie es der Sicherheitsrat empfohlen hatte. Diese Hoffnung sei nicht erfüllt worden, da auf Grund der von der israelischen Regierung festgesetzten Bestimmungen nur ein sehr kleiner Teil der geflüchteten Personen die Erlaubnis zur Rückkehr erhalten hätte.

Die Flucht der arabischen Familien aus den von der israelischen Armee besetzten Gebieten führte zu einem Notstand großen Ausmaßes. Diese Menschen brauchten sofort Unterkunft, Nahrung, Trinkwasser sowie ärztliche und hygienische Betreuung.

An der Hilfe beteiligten sich außer den unmittelbar beteiligten Staaten auch andere Staaten sowie die verschiedenen Gesellschaften des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes, die UNRWA, UNICEF (das Kinderhilfswerk der UNO), das Welternährungsprogramm, die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, nationale und internationale wohltätige Organisationen und unzählige Privatpersonen aus vielen Ländern.

Während der ersten schlimmsten Zeit bekamen die neuen Flüchtlinge als tägliche Nahrung oft nur ein einziges rundes arabisches Fladenbrot. Die Menschen mußten die Nächte zunächst unter freiem Himmel verbringen, ohne Schutz vor den kühlen Gebirgswinden Jordaniens. Tagsüber waren sie der glühenden Sonne preisgegeben. Schulen, Moscheen und andere öffentliche Gebäude dienten als Notunterkünfte. Oft schliefen bis zu 40 Personen in einem



**Diese Flüchtlingsfrau, eine Mutter von acht Kindern, ist mit ihrer Familie im Lager verblieben. Die Zurückgekehrten erhalten nach wie vor Unterstützung durch die UNRWA.**





**Auf einem Saiteninstrument spielt dieser Araber in seiner bescheidenen Unterkunft schwermütige Melodien, die so recht zu seiner trostlosen Lage passen.**



**Redakteur Freutel im Gespräch mit Mohammed Javallah von der Pressestelle der UNRWA in Jerusalem, der seinen Besuchern einen Überblick über die Ereignisse während des Krieges und danach gab.**

Raum. Trotz aller vorbeugenden Maßnahmen waren die zusammengepackten Familien von Seuchen bedroht.

Den Spenden der internationalen Gemeinschaft ist es zu verdanken, daß die Hungrigen Nahrung und die Kranken ärztliche Behandlung erhielten, daß im Laufe der Zeit alle Familien in den zum großen Teil auf dem Luftwege herangebrachten Zelten beherbergt werden konnten und daß die meisten Kinder heute sogar wieder zur Schule gehen können. Wenn auch die größte Not gelindert wurde, so lassen die Lebensbedingungen doch noch immer zu wünschen übrig. Das Schicksal der Flüchtlinge bleibt dunkel und ungewiß.

### Rückkehr nach Westjordanien

Eine Rückkehr in die früheren Lager hätte die Fürsorge sehr vereinfachen können. Viele dieser Lager mit all ihren Einrichtungen stehen nun leer oder dienen nur noch einigen tausend Personen.

Nach den Verhandlungen über die Rückkehr der Flüchtlinge, bei denen das Internationale Komitee des Roten Kreuzes die Vermittlung zwischen Jordanien und Israel übernommen hatte, wurden Vereinbarungen getroffen, wonach einige tausend Flüchtlinge die Erlaubnis zur Rückkehr bekamen.

Die Repatriierung der Einwohner Westjordanien, die den Jordan zwischen dem 5. Juni, dem Ausbruch der Feindseligkeiten, und

dem 4. Juli überquert hatten, wurde vom israelischen Kabinett nach folgender Regelung genehmigt:

„1. Der Innenminister, H. M. Shapiro, gibt für die israelische Regierung bekannt, daß jeder, dessen ständiger Wohnsitz zur Zeit des 5. Juni 1967 in Westjordanien lag und der in der Zeit vom 5. Juni bis zum 4. Juli zur Ostküste des Jordans überwechselte, einen Antrag auf Rückreiseerlaubnis zu seinem früheren Wohnsitz stellen kann.

2. Einwohner Westjordanien, die vor dem 5. Juli 1967 für eine begrenzte Zeit ins Ausland gingen und die zu ihrem Wohnsitz zurückkehren wollen, fallen unter das Programm der Familienzusammenführung. Diese Einwohner richten ihre Anträge an das Innenministerium auf dem Weg über die zuständigen diplomatischen Missionen Israels im Ausland.

3. Einreichung der Anträge: der Antrag wird gestellt auf einem besonderen Formular des Roten Kreuzes. Der Antragsteller hat seinem Antrag seinen Paß, eine jordanische Kennkarte oder einen anderen offiziellen Ausweis beizulegen als Beweis dafür, daß er Einwohner Westjordanien war und das Gebiet zwischen dem 5. Juni und dem 4. Juli 1967 verlassen hat.

4. Gewährung kann nur unter folgenden Bedingungen erteilt werden:

a) Der ständige Wohnsitz des Antragstellers lag am 5. Juni in West-





**Dieser alte Araber hat alle Hoffnung auf eine baldige Änderung seines Schicksals aufgegeben. Seine Familie ist geflohen. Er selbst blieb resignierend zurück.**

jordanien, und er verließ seinen Wohnort zwischen dem 5. Juni und dem 4. Juli 1967.

b) Die Rückkehr des Antragstellers darf keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten.

5. Nach der Bearbeitung des Antrags wird die Entscheidung des Innenministers weitergeleitet zum Antragsteller durch das Internationale Rote Kreuz. Bei Genehmigung erhält der Antragsteller vom Innenminister einen Erlaubnisschein, auf dem Ort und Zeit seiner Rückkehr vermerkt sind. Für die Rückkehr der Antragsteller werden offizielle Grenzübergänge geschaffen.

6. Die Anträge müssen bis zum 10. August 1967 eingereicht sein.

7. Die Personen, die zu ihrem Heimatort in Westjordanien zurückkehren, haben Anspruch auf die Teilnahme an allen Einrichtungen des öffentlichen Lebens und auf die Gesundheitsfürsorge."

Die Rückführungsaktion der Flüchtlinge ist am 31. August 1967 beendet worden. Doch haben sich die israelischen Behörden bereit erklärt, solchen Personen, die im Besitz einer gültigen Zulassung sind, auch nach der abgelaufenen Frist die Rückkehr zu ermöglichen.

Daß ein großer Teil der Flüchtlinge von der Möglichkeit zurückzukehren keinen Gebrauch machte, kann man verstehen, wenn man bedenkt, daß sich die Menschen fragen mußten, was nun mit dem unter israelischer Verwaltung stehenden Gebiet, politisch gesehen, geschehen soll. Die Ungewißheit dieser Situation sowie die Furcht, ihre finanzielle Unterstützung durch Angehörige in arabischen Staaten bei einer Rückkehr zu verlieren, mag sie von einer Heimkehr in das besetzte Gebiet abgehalten haben.

Es mag auch noch andere Gründe gegeben haben, warum die Zahl der Rückkehrer noch unter der von den Israelis freigegebenen Quote gelegen hat. Einer der Flüchtlinge, der in ein Lager bei Jericho zurückgekehrt ist, sagte, daß nur ein Bruchteil der gestellten Anträge genehmigt worden sei. Doch sei die Erlaubnis zur Rückkehr oft darum nicht erfolgt, weil man sie nur einzelnen Familienangehörigen gegeben hätte, während andere sie nicht bekommen hätten. Um eine Trennung der Familie zu vermeiden, hätten dann alle auf die Rückreise verzichtet.

#### Helfer in der Not: Das Rote Kreuz

Die Betreuung der Flüchtlinge in den Lagern und auf der Rückreiseroute wie auch an der Allenby-Brücke am Jordan lag in den Händen der schon erwähnten internationalen Organisationen.

Wie schon in den Jahren 1948 bis 1950 spielte auch diesmal wieder das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) eine für die Betreuung der Flüchtlinge entscheidende Rolle. Angesichts der großen Probleme, die durch den Zustrom zahlreicher Flüchtlinge infolge des Nahostkonfliktes auftauchten, und angesichts der Notwendigkeit, eine wirksame harmonische Hilfsaktion aller Rotkreuzorgane durchzuführen, beschlossen das IKRK und die Liga der Rotkreuzgesellschaften, ihre Anstrengungen in Zusammenarbeit mit der UNRWA zu vereinigen.

Tonnenweise wurden Hilfsgüter in den Nahen Osten geflogen und an jedes vom Krieg betroffene Land verteilt. Dazu gehörten verschiedene Lebensmittel, Medikamente, Blutplasma, Verbandzeug, Decken, Bekleidung und Zelte.

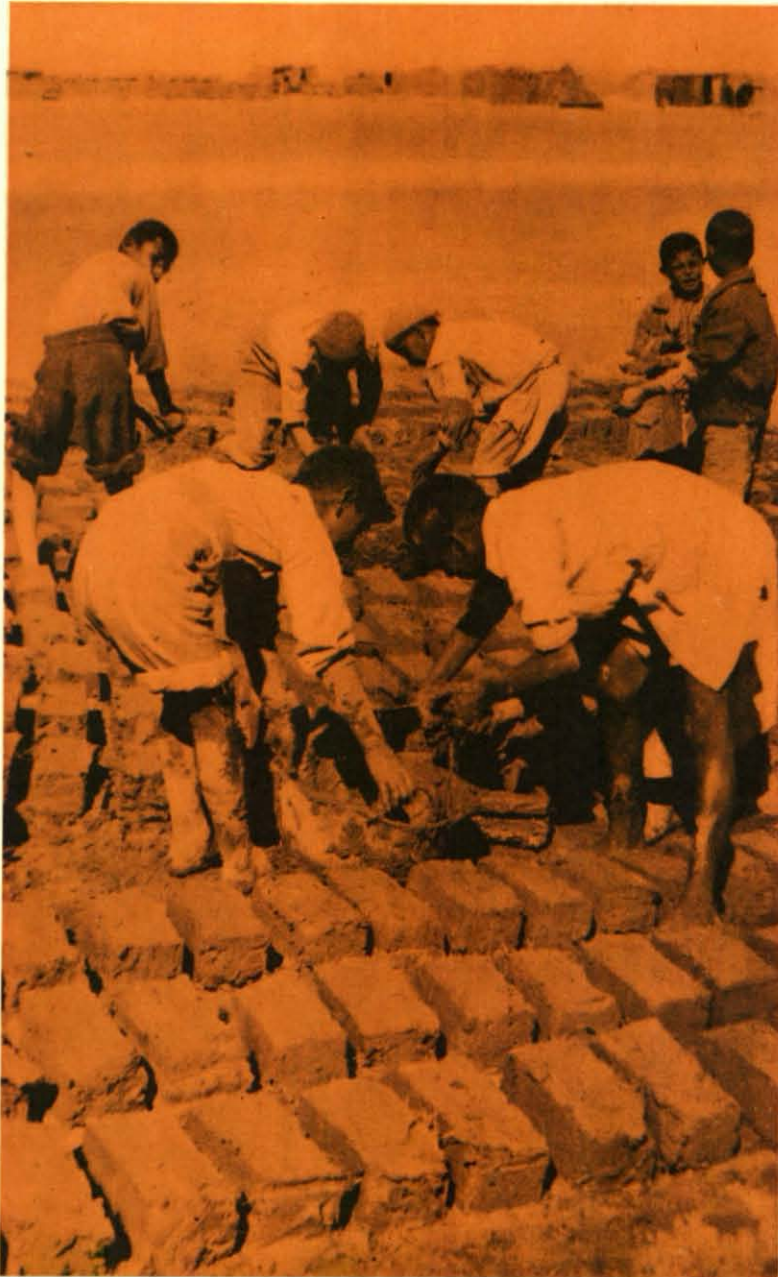
Das IKRK stellte aber auch den Austausch von Familienmitteilungen und die Nachforschungen nach vermißten Zivilpersonen sicher. Durch Vermittlung der Delegierten konnten über 60 000 Familienmitteilungen unter Zivilpersonen ausgetauscht werden. Der zentrale Suchdienst ermöglichte durch die Bearbeitung von über 2000 Anträgen die Zusammenführung vieler Kinder mit ihren Eltern.

Schließlich war das IKRK entscheidend an dem Vertrag über die Heimführung der Jordanier beteiligt wie auch bei der Abwicklung dieser Aktion.



**Inmitten der primitiven Lehm-bauten des Lagers steht diese von der UNRWA für Flüchtlingskinder und junge Leute erbaute Schule.**

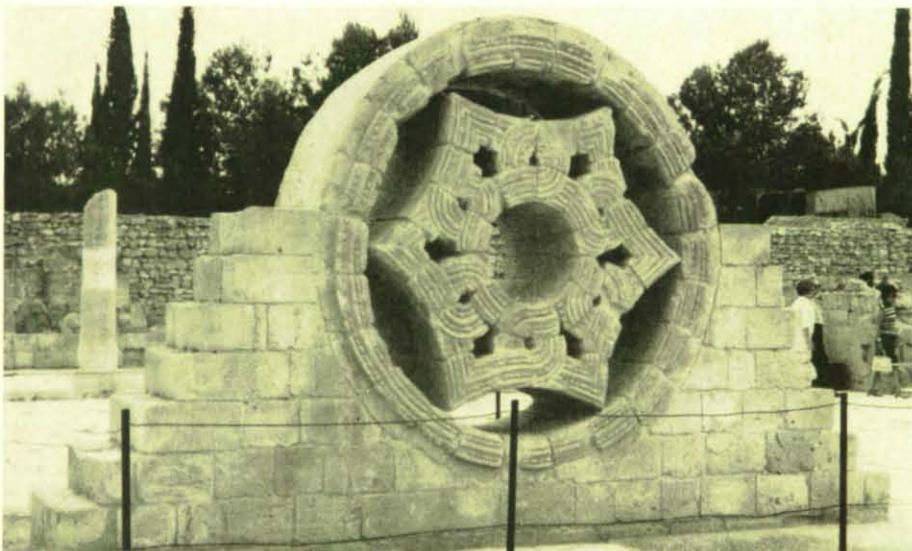




Links: Junge Araber bei der Herstellung von Lehmziegeln, die in der Sonne getrocknet werden und später das Baumaterial für Unterkünfte und Lagereinrichtungen bilden.

Mitte: Die Teilnahme an einem Nähkurs der UNRWA vermittelt den jungen Araberinnen Kenntnisse, die ihnen im Haushalt, aber auch im Arbeitsleben sehr nützlich sein können.

Unten: Grabungsarbeiten in der Nähe von Jericho haben einen rund 750 v. Chr. erbauten Palast freigelegt, zu dem dieses schöne ehemalige Fenster gehört.



Der IKRK-Delegierte in Jordanien händigte dem IKRK-Delegierten in Israel auf der Jordanbrücke die ordnungsgemäßen Antragsformulare aus. Nach einer Überprüfung durch israelische Behörden wurden die Formulare zurückgegeben und der Flüchtlingstransport organisiert. Bei der Ankunft am Westufer des Jordan wurden dann die Flüchtlinge von den israelischen Behörden übernommen, die für den Abtransport bis zu dem alten Wohnsitz sorgten. Dort erhielten die Flüchtlinge eine bestimmte Menge Lebensmittel und einen Geldbetrag zum Bestreiten der ersten Bedürfnisse, den die jordanische Regierung hierzu dem IKRK zur Verfügung stellte.

Die Flüchtlingsbetreuung, das soll hier erwähnt werden, war nur ein Teil der Hilfsaktion des IKRK im Nahen Osten. Zu dem umfangreichen Programm gehörte u. a. auch die Sorge um Kriegsgefangene und



Zivilinternierte, die Versorgung der Verwundeten bis zur Einstellung der Feindseligkeiten sowie die Beteiligung an den Such- und Rettungsaktionen, die von den israelischen Behörden für die im Sinai-Gebiet in größter Not herumirrenden ägyptischen Soldaten eingeleitet wurden.

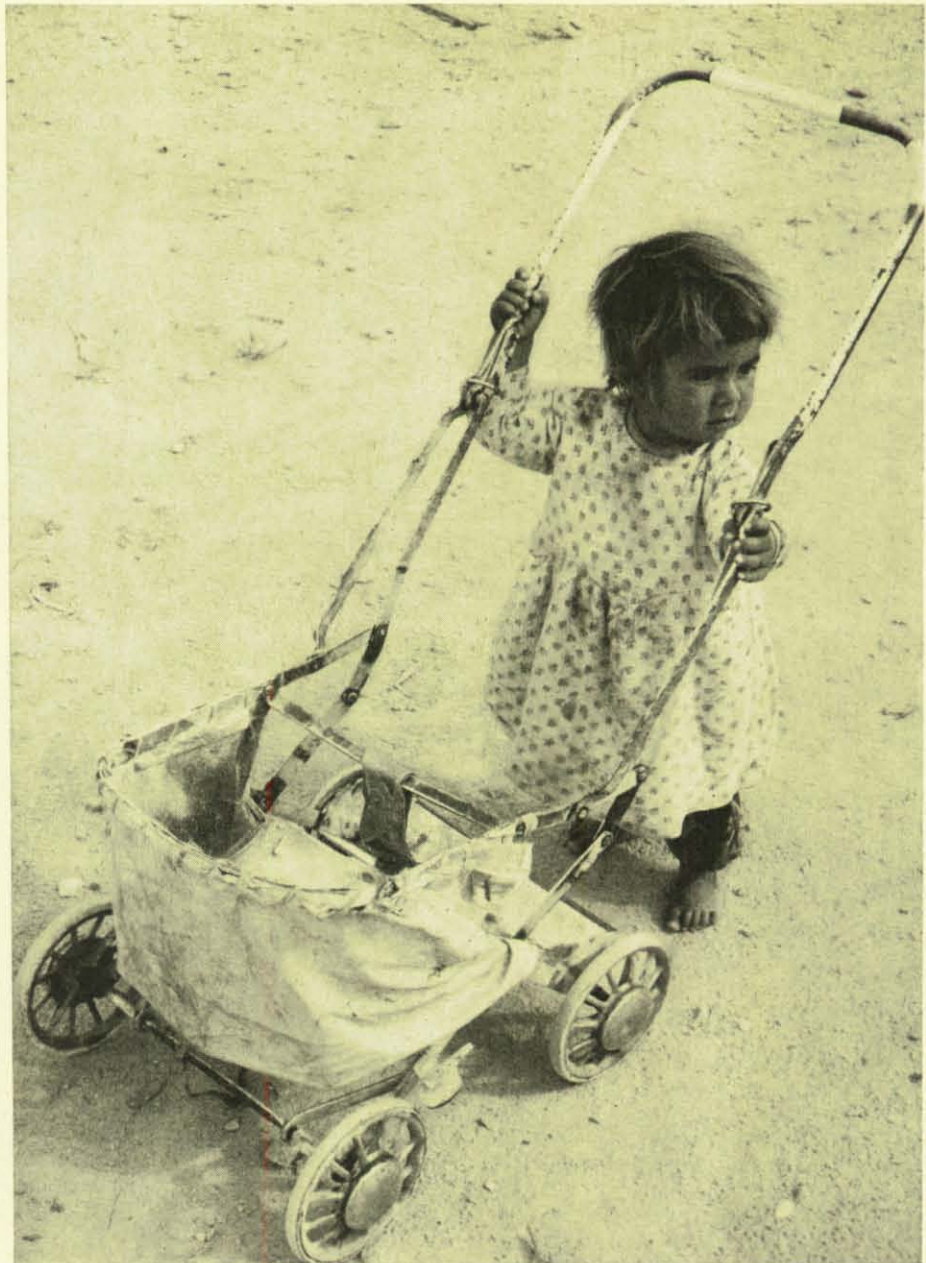
Auch das Deutsche Rote Kreuz beteiligte sich an den Hilfsmaßnahmen für die Kriegsoffer im Nahen Osten. Über hundert Tonnen Bekleidung, die ausreichen, um 50 000 Menschen mit Kleidungsstücken zu versehen, stellte das DRK zur Verfügung. Diese Bekleidung stammte aus Beständen, die von den DRK-Kreisverbänden in Kleidersammlungen bei der Bevölkerung der Bundesrepublik in den Monaten zuvor als Katastrophenreserve gesammelt worden waren. Selbstverständlich war alles sorgfältig sortiert, gereinigt und eingelagert worden.

Das DRK sandte ferner 600 Zelte, 20 000 Wolldecken, hochwertige Medikamente und andere Hilfsgüter in den Nahen Osten. Die Hilfssendungen wurden zu einem Teil mit Charterflugzeugen, der Rest als Schiffs-ladungen an die Bestimmungsorte gebracht. Der Wert der Güter betrug bis zum 15. August 1967 rund 3 Millionen DM.

Über 50 Flüchtlingslager für Palästina-flüchtlinge betreut die UNRWA in Nahost, Lager in allen Größen, saubere und schmutzige, primitive und gut eingerichtete. Auf einer Karte hatten wir gesehen, daß es allein im Raume von Jericho vier Lager gibt. Diese wollten wir uns ansehen.

Wir verlassen Jerusalem über die neue Autostraße, die bis nach Amman, der

**Spielzeuge für Kinder sind hier so gut wie unbekannt. Diese Kleine beschäftigt sich mit ihrem Kinderwagen, der, wie auch der größte Teil der Bekleidung, aus Spenden stammt.**



Hauptstadt Jordaniens, führt. Die Kontrollstelle an der Grenze zum besetzten Gebiet passieren wir ohne Aufenthalt. Das Emblem der UNRWA an unserem PKW garantiert uns freie Durchfahrt. Mr. Javallah begleitet uns. Der Fahrer Achmed verkürzt uns die Zeit mit heiteren Episoden aus seinem Taxifahrerleben und mit der Erklärung sehenswürdigter Stätten, die an der Strecke liegen. Er kennt sich aus in allen drei Weltreligionen, mit denen diese Stadt und ihre Umgebung eng verbunden sind.

Wir fahren durch die ausgedörrte Bergwüste Judäas. Es geht fast immerzu bergab, denn Jerusalem liegt über 900 m über und Jericho fast 400 m unter dem Meeresspiegel. Gleichförmig gelb-braun ragen die kahlen Berge rechts und links der Straße in den blaugrauen Himmel. Wir schauen in tiefe Schluchten mit ausgetrockneten Bachbetten. Hier wächst kein Baum

und kein Strauch. Die Straße ist erstklassig und schneidet sich immer weiter durch das Gebirge. Dann sehen wir am Straßenrand zwei Schilder mit einer Höhenmarkierung und der Bezeichnung „Meeresspiegel“ in arabischer, hebräischer und englischer Sprache. Ein kurzer Halt, ein Foto fürs Album und weiter geht es. Dann plötzlich liegt vor uns die Jordanebene. Hier ist es noch das Gelb-Braun der Wüste, das überwiegt. Immer noch kaum ein grüner Busch. In der Ferne sehen wir das Tote Meer. Bleigrau blinkt es in der Sonne. Wir biegen von der Hauptstraße ab und fahren durch die Ebene auf Jericho zu. Obwohl es Frühling ist, herrscht schon eine Hitze wie bei uns im Hochsommer. Im Sommer soll hier das Thermometer auf 60° C klettern. Langsam wird es jetzt ein wenig grüner. Heisere Schreie von Eseln dringen an unser Ohr. Schwarze Beduinzelte kleben auf dürr-

tigen Weideflächen und kargem Sandboden. In ihrer Nähe weiden Ziegen und Schafe. Am Rande des ausgetrockneten wüsten Landes zieht eine Kamelkarawane dahin in ihrem eigenartigen Rhythmus, der an das Typische arabischer Melodien erinnert. Dann wieder Zelte, Lehmhütten, Kasernen, über denen jetzt die israelische Flagge weht.

Wir fahren in den Ort Jericho ein, der als eine leuchtendgrüne Oase schon aus der Ferne immer näher rückte. Jericho ist ein Ort, den man riechen kann. Der Duft von Bougainvillea, Mimosen, Rosen und Mandarinen liegt in der Luft. Als eine der ältesten Städte der Erde war die Stadt von jeher eine für ihre Schönheit berühmte Oase. Hier murmeln Bäche in Orangenhainen, hier spenden Dattelpalmen Schatten, hier gibt es erstklassige Hotels mit Klimaanlage, Tennisplätzen und Swimming-pools, hier ist



ein beliebter jordanischer Ferienort, der besonders zur Winterzeit gerne besucht wurde.

Zwischen alten Hütten und neuen Häusern herrscht Marktbetrieb — lautstark, orientalisches. Fellachen reiten auf ihren schmutzgrauen Eseln durch die Straßen. Beduinen sitzen unnachahmlich stolz auf ihren Kamelen. Als Kontrast zu den schreienden Händlern sitzen Nichtstuer faul im Schatten ihrer Häuser, nur mit ihrer Wasserpfeife beschäftigt.

Wir fahren wieder aus der Stadt heraus auf die sich vom Himmel goldbraun abhebenden Berge von Judäa zu. Einer dieser Berge hat einen abgeflachten Gipfel. Es ist der Berg der Versuchung. An seiner steilen Bergwand kleben auf halber Höhe graue Mauern mit dunklen Nischen. Hier befindet sich ein griechisch-orthodoxes Kloster, das über jener Höhle errichtet wurde, von der die Überlieferung berichtet, daß Christus hier 40 Tage und Nächte gefastet habe.

Wir fahren ein Stück die steinige Straße herauf, die in das Gebirge führt, weil wir von hier einen weiten Blick über die Jordanebene haben werden. Hier, am Eingang zum Wadi Kelt, in dessen Höhlen Propheten des Alten Testaments lebten, halten wir an und steigen aus.

Wir sehen über die Ebene. Vor uns liegt, noch bis an den Fuß des Berges reichend, Aqbat Jaber, ein Flüchtlingslager, das bis zum Junikrieg über 27 000 Flüchtlingen Unterkunft bot. Weiter rechts sehen wir in der Ferne das Lager Ain es Sultan, in dem über 18 000 Menschen lebten. In den beiden anderen Lagern von Nuweimeh und Karameh, die von hier nicht sichtbar sind, wohnten zusammen nochmal 25 000 Flüchtlinge. Außerdem gab es rund 25 000 Flüchtlinge, die nicht in den Lagern wohnten.

Die Lehmhütten kleben in ungewöhnlicher Eintönigkeit aneinander. Die Menschen haben hier auf engstem Raum gehaust, in unmittelbarer Nähe der Ausgrabungsstätten des alten Jericho, die beweisen, daß schon 7000 v. Chr. hier Menschen Wohnhäuser aus Lehmziegeln gebaut haben.

Wir verlassen Aqbat Jaber und fahren nach Ain es Sultan. Wir treffen uns mit dem Lagerführer, der uns durch den noch bewohnten Teil des Camps führt. Wir besuchen einige der hier lebenden Flüchtlinge in ihren Hütten. Wir sprechen mit ihnen. Wir werden gefragt, welcher Nationalität wir seien. Bei dem Wort „Almani“ geht ein Strahlen über ihr Gesicht. Oftmals schlagen sie uns freundlich auf die Schulter und geben uns zu verstehen, daß wir herzlich willkommen seien.

Bereitwillig lassen sie sich von Günter Sers fotografieren. Nur einige junge Mädchen, die gerade an einem Kursus für Schneiderinnen teilnehmen, zieren sich zunächst ein wenig. Doch dann lassen auch sie sich fotografieren.

Der Lagerführer zeigt uns den Schulneubau. Modern und weiß, kühl und sauber ragt er aus den orange-gelben Lehmhütten heraus. Leider sind die meisten Kinder, die

**Bilder wie dieses gingen 1967 um die Welt. Sie zeigen die Flucht über den Jordan. Frauen und Männer tragen hier ihre Habe über die zerstörte Allenby-Brücke.**

hier zur Schule gingen, mit ihren Eltern geflohen und nicht zurückgekehrt.

Wir besuchen auch die anderen Einrichtungen der UNRWA. Alles ist vorbildlich, wie im Gazastreifen. Man hofft, daß die Menschen doch noch eines Tages wiederkommen, weil ihnen hier ohne Zweifel eine bessere Fürsorge zuteil werden kann als in den behelfsmäßigen Lagern östlich des Jordan. Wir verabschieden uns von den Menschen und wünschen einander Allahs Segen auf





Kopf und Haus, verbeugen uns leicht und legen dabei die rechte Hand auf die Herzgegend, wie es die Araber hier bei der Begrüßung und beim Abschied machen.

### Das Leben im besetzten Gebiet

Der von Israel besetzte Westteil Jordaniens ist der fruchtbarste Teil des Landes. Fast die Hälfte aller Bewohner Jordaniens lebten in diesem Gebiet. Zwei Drittel aller im Lande erzeugten Nahrungsmittel wurden dort hervorgebracht. Besteht auch zwischen Israel und Jordanien nur ein Waffenstillstand und kein Frieden, so ist ungeachtet dessen der Handel zwischen dem Gebiet des westlichen Jordanufers und Jordanien in vollem Gange. Neben anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen gelangen täglich etwa 350 Tonnen an Zitrusfrüchten zum Versand nach Jordanien.

Auch über den Handel hinaus bemüht sich Israel im besetzten Gebiet von der bewaffneten Auseinandersetzung immer mehr zu menschlichen Beziehungen zu gelangen. So üben z. B. die israelischen Behörden in den besetzten Gebieten keine direkte Verwaltungsgewalt aus, sondern sie unterstützen die einheimischen Orts- und Wirtschaftsgremien bei ihrer Arbeit. Die Mehrzahl der früheren Bürgermeister, Ratsherren und Dorfältesten sind auf ihren Posten geblieben und kümmern sich um ihre Gemeinden.

Israel war von Anfang an bestrebt, eine möglichst unaufdringliche Besatzungspolitik zu treiben, die es der einheimischen Bevölkerung gestattete, ihren Geschäften in der gewohnten Weise nachzugehen, und die sogar um Verbesserungen bemüht war.

Die Reaktion kam auch wie erwartet: Die Kaufleute eröffneten wieder ihre Geschäfte, die Bauern arbeiteten in ihren Feldern und die Fabrikarbeiter in den Fabriken. Hunderttausende Israelis besuchten die für sie nun leicht zu erreichenden Gebiete, zahl-



**August 1967. Nach Verhandlungen über die Rückkehr der Flüchtlinge, bei denen das IKRK vermittelte, bekamen einige tausend Flüchtlinge die Erlaubnis zur Heimkehr ins besetzte Gebiet.**

**Um die Flüchtlinge vor den Witterungseinflüssen zu schützen, richteten das IKRK und die Liga der Rotkreuzgesellschaften behelfsmäßige Zeltlager ein.**

lose Besucher aus diesen Gebieten bereisten Israel und konnten sich selbst ein Urteil über dieses Land bilden. Erstmals nach neunzehn Jahren ist es jetzt auch den Bewohnern des Gazastreifens gestattet, außerhalb ihres Gebietes zu reisen. Die Bewohner der verwalteten Gebiete dürfen sich

gegenseitig unbehindert Besuche abstatten oder die Beziehungen zu den in Israel lebenden Verwandten erneuern. Die Bevölkerung der besetzten Gebiete ist auch nicht genötigt, ihre persönlichen Beziehungen zu den arabischen Nachbarstaaten aufzugeben. Nach israelischen Unterlagen überquerten in der Zeit vom Juni 1967 bis April 1968 mehr als 150 000 Menschen die Grenzen mit diesen Ländern in beiden Richtungen. Unter ihnen waren Geschäftsleute, die ihre Handelsinteressen wahrnehmen wollten, Studenten, die zur Fortsetzung ihres Studiums fahren, Pilger, die nach Mekka wallfahrteten, und Menschen, die Verwandte besuchen wollten.

In Westjordanien haben sich seit Jahrhunderten die „Besatzungsmächte die Klinke in die Hand gegeben“. Babylonier, Römer, Mongolen, Kreuzritter, Türken und Engländer haben hier die Herren gespielt. Keiner von ihnen hatte soviel Sorgen mit dem Ge-





biet wie die jetzigen „Besitzer“. Die Besetzung der eroberten Gebiete und ihre Verwaltung wird nämlich auch zu einem finanziellen Ballast für Israel. Alle Maßnahmen, die der Wiederherstellung der normalen Verhältnisse und dem Wiederaufbau dienen, kosten Geld. Dennoch wurden gleich nach dem Waffenstillstand die öffentlichen Dienste — vor allem Wasser, Elektrizität und Gesundheitswesen — wieder arbeitsfähig gemacht.

Ein weiteres vordringliches Problem war die Bereitstellung der notwendigen Lebensmittel. Der Krieg war zu kurz gewesen, als daß eine Lebensmittelverknappung hätte eintreten können. Es gab genügend Vorräte an Mehl, Zucker, Hülsenfrüchten und Öl, doch fehlte es in den Städten an Früchten, Gemüse, Milch, Fleisch und Geflügel, was hauptsächlich auf Transportschwierigkeiten zurückzuführen war. Die israelischen Behörden lösten das Problem, indem sie die beschlagnahmten Fahrzeuge freigaben und israelische Tankwagen beim Abfüllen von Tankstellen mitwirkten, so daß nach kurzer Zeit der Fahrzeugverkehr wieder in Gang kam. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten verhält sich weitgehend kooperativ. Sie hat erkannt, daß eine gute Zusammenarbeit mit den Israelis Vorteile bringt. Das bedeutet jedoch nicht, daß man auf irgendeiner Seite die Annexion als eine beschlossene Sache ansieht.

Die Regierung Israels unterstützte auch die UNRWA, so daß diese Organisation weiterhin die Verteilung von Lebensmittelrationen an Flüchtlinge durchführen konnte. Die UNRWA läßt nun den größten Teil ihres Bedarfs über israelische Häfen heranzuführen, und Israel hat auf eigene Kosten die notwendigen Vorkehrungen getroffen, um das schnelle Ausladen in den Häfen sowie den Transport zu den Verteilerstellen zu gewährleisten.

### Flüchtlinge und kein Ende?

Haben die Israelis das Problem der jüdischen Flüchtlinge und Einwanderer so gut wie geregelt oder doch zumindest im festen Griff, so ist für die Lösung des Problems der arabischen Flüchtlinge in naher Zukunft ganz offensichtlich keine Aussicht vorhanden. Woran liegt das? Es liegt ganz einfach zunächst an dem Teufelskreis, der darin besteht, daß es solange keine Lösung des Flüchtlingsproblems gibt, wie es im Nahen Osten keinen dauerhaften Frieden gibt, und daß es keinen dauerhaften Frieden gibt, solange es das Flüchtlingsproblem gibt.

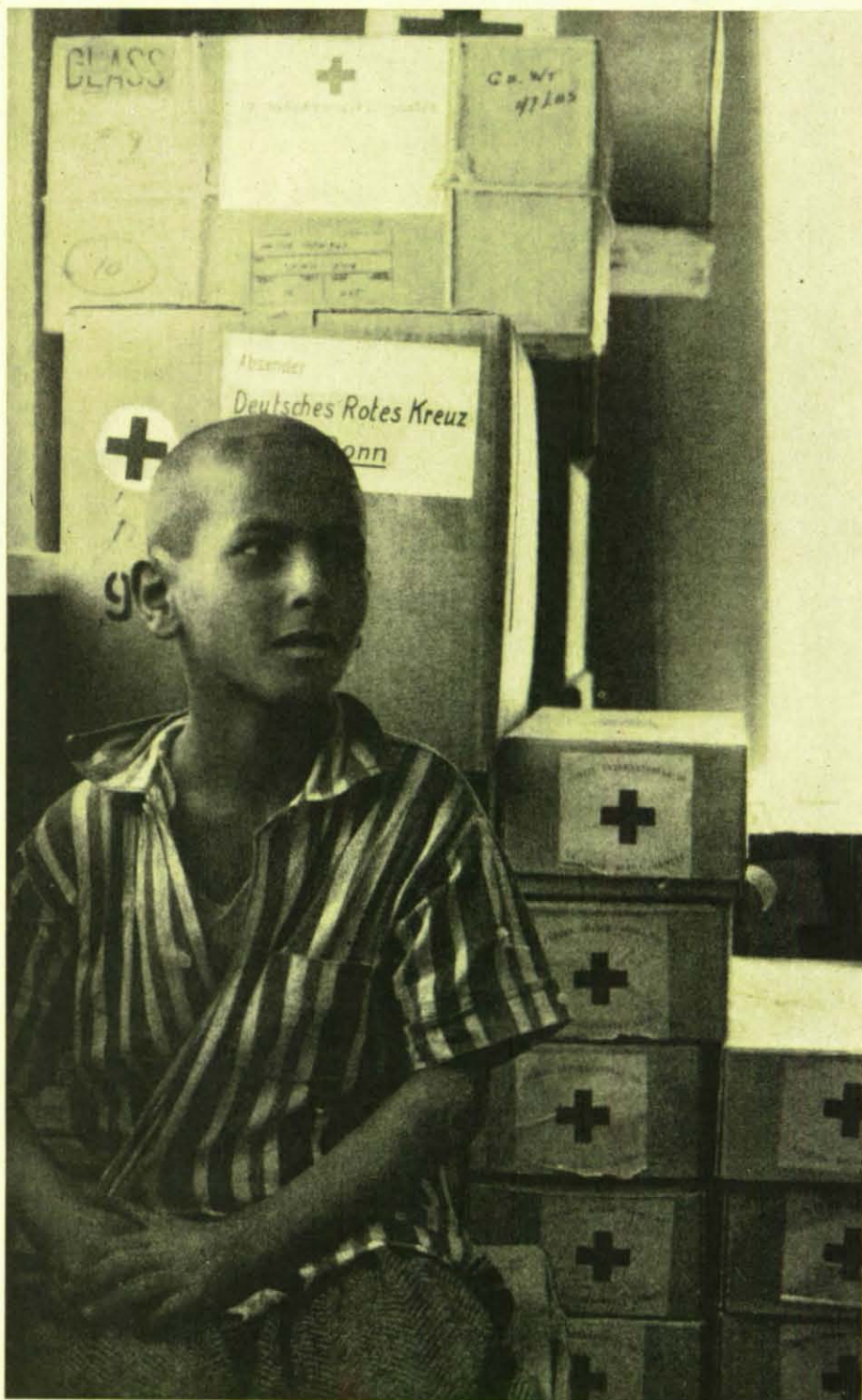
Der jetzige Waffenstillstand ist kein Frieden. Fast täglich und nächtlich kommt es an den Grenzen und Demarkationslinien zu Scharmützeln. El Fatah und israelische Patrouillen liefern sich Gefechte. Auf Gewalt folgt Gewalt.

Wer die psycho-politischen Hintergründe der Spannungen kennt, weiß, daß es banal klingen würde, vom sicheren Hafen aus gute Ratschläge für eine Versöhnung zu erteilen. Sie würden auch weder auf der einen noch auf der anderen Seite Gehör finden. Keiner vergißt die Zahl der Toten und Ver-

letzten dreier Kriege, keiner verschließt die Augen vor den Zerstörungen. Das Mißtrauen auf beiden Seiten ist groß, Israel will direkte Verhandlungen und die Anerkennung seines Staates durch die Araber. Denn Israel will leben. Doch dem israelischen Lebenswillen steht das arabische Prestige entgegen. Keiner der drei Kriege hat eine Lösung gebracht. Zwar ging Israel aus allen Kriegen als Sieger hervor, doch zeigen alle drei Zusammenstöße, daß es zwar imstande ist, den Gegner zu schlagen, aber daß es wahrscheinlich nie imstande sein wird, die Gegenseite zu besiegen und

ihr eine Regelung aufzuzwingen, die den Frieden sichert. Israels Siege haben ihm zwar ermöglicht zu überleben; sie lassen aber zugleich die Araber unter einem dauernden Gefühl der Demütigung leiden, was wiederum zu einer totalen Niederwerfung Israels herausfordert.

So werden die Fronten starr und starrer, und der Frieden bleibt auf der Strecke. Für die Hunderttausende von Flüchtlingen bedeutet es aber, daß sie ohne Hoffnung auf eine Änderung und Verbesserung ihres Schicksals in die Zukunft sehen müssen. Hat für diese Menschen die Allgemeine Er-





klärung der Menschenrechte, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen genehmigt und verkündet worden ist, keine Gültigkeit?

### Lehren für uns

Gehen wir davon aus, daß jeder Krieg, ganz gleich wo er ausbricht, Bevölkerungsbewegungen mit sich bringt, so sollten wir uns auch die Frage stellen, ob wir, die wir uns gegen die Gefahren künftiger Konflikte so gut wie möglich absichern wollen, aus den Flüchtlingsproblemen des Nahen Ostens lernen können.

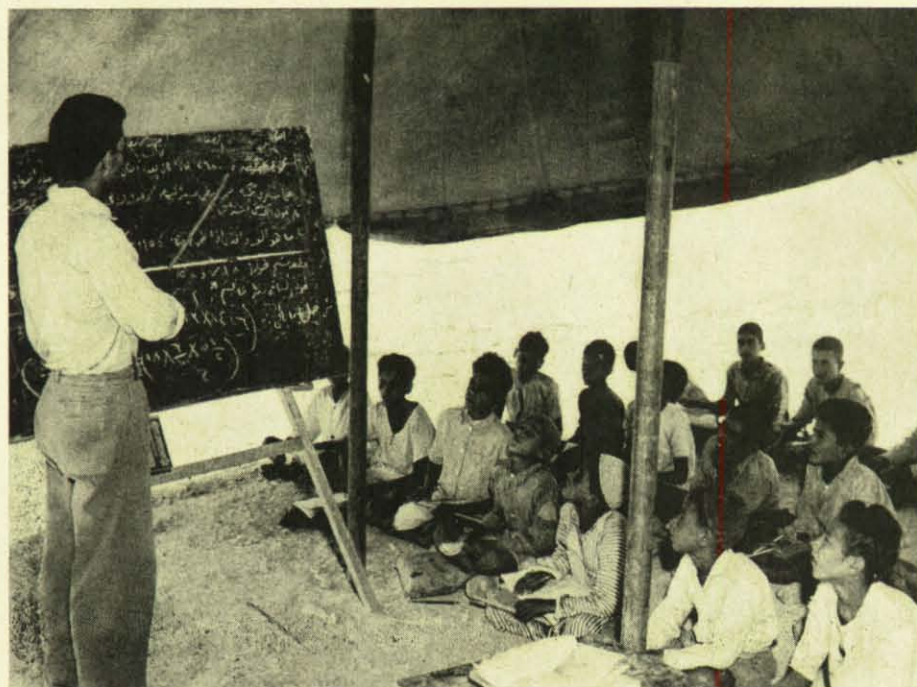
Eine ganze Reihe von Fakten, historisch, geographisch und ethnologisch bedingt, sind dabei für uns ohne Bedeutung.

Zwar lautet die NATO-Devise „Stay at home“, zu deutsch „Bleib zu Hause“, doch ist eine solche Devise solange illusorisch, wie die Bevölkerung sich nicht innerhalb ihres Lebensbereiches in einer ausreichenden Zahl von Schutzräumen und -unterkünften aufhalten kann.

In jedem Land würde die Bevölkerung, sollte ihr Wohngebiet zum Kriegsgebiet werden, versuchen, in weniger gefährdete Ge-

biete auszuweichen. Die Bevölkerung der Bundesrepublik würde da, so glaube ich, keine Ausnahme machen. Jedenfalls so lange nicht, bis man sie nicht durch intensive Öffentlichkeitsarbeit davon überzeugt hat, daß jede unorganisierte Flucht in einem Chaos aus Hunger, Elend und Panik enden würde.

Es mag auch in Zukunft noch zu Evakuierungen kleineren Ausmaßes kommen, wenn ganz bestimmte Umstände dies zulassen. Insofern haben derartige Pläne noch eine Berechtigung. Aber für die Masse eines Volkes kann nur die „Bleib-zu-Hause-Poli-



Linke Seite: Auch das Deutsche Rote Kreuz beteiligte sich an den Hilfsmaßnahmen für die Kriegsoffer im Nahen Osten. Bis August 1967 wurden Güter im Werte von rund drei Millionen DM übersandt.

Oben: Früh schon lernen die Flüchtlingskinder das Rote-Kreuz-Zeichen als ein Symbol der Nächstenliebe kennen.

Hier stehen sie Schlange, um ihre Milchration zu erhalten.

Links: Während der Jahre 1948 bis 1950 waren die Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern oftmals recht primitiv. Unser Bild zeigt Schulunterricht, wie er damals war.





**Diese Kinder kennen, wie viele tausend andere, nur ein armseliges Flüchtlingsdasein. Hat für sie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte keine Gültigkeit?**

**Dieser Blinde, ebenfalls ein Flüchtling des Jahres 1967, wird beim Einnehmen der Mahlzeit von einer freiwilligen Helferin des Roten Kreuzes unterstützt.**

itik" der NATO gelten. Es gibt keinen Raum, wo die Bevölkerung sicherer wäre.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, daß man in seinem eigenen Keller besser aufgehoben ist als in einem Gewühl von Menschen, die, von panischer Angst befallen, eine große Stadt verlassen. Der Schutzfaktor des eigenen Kellers ist bei der Wirkung von ABC-Waffen immer noch größer als die freie Natur. Ganz abgesehen von den kurzen Warnzeiten, mit denen man zu rechnen hat, wo wollen die Menschen hin? Wo wollen sie ihren Lebensunterhalt finden, wo untergebracht werden? Wie wol-

len sie sich beispielsweise gegen radioaktiven Niederschlag schützen? Sind etwa in diesem Gebiet, das sie in ihrer Angst anstreben, bessere und vor allem ausreichende Schutzräume vorgesehen? Wollen die Menschen zurückkehren, wenn der erwartete Angriff auf ihr Wohngebiet nicht stattgefunden hat oder vorüber ist? Soll einige Stunden oder Tage später, wenn der Feind seine Angriffe fortsetzt, die ganze Bevölkerungsbewegung aufs neue beginnen? So gesehen ist es schon richtig: Bleib zu Hause.

Flüchtlingsmassen auf den Straßen, das sollte heute jeder wissen, gefährden militärische Operationen. Bei der Rücksichtslosigkeit, mit der Kriege geführt werden, zieht der Zivilist, auch wenn er ein bedauernter Flüchtling ist, immer den kürzeren.

Sehen wir von einer Evakuierung großen Stils einmal ab, so sind doch eine ganze Reihe kleinerer Bevölkerungsbewegungen denkbar. Dazu gehört die planmäßige Verlegung bestimmter Menschengruppen in weniger gefährdete Gebiete, zu einer Zeit, da dies noch möglich ist. Ebenso kann eine Umquartierung von Bevölkerungsteilen notwendig werden wie auch die anderweitige Unterbringung von obdachlos gewordenen Menschen. Nichtangeordnete Fluchtbewegungen müssen gegebenenfalls aufgefangen und geleitet werden. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die in Nr. 2 und 3/1968 dieser Fachzeitschrift erschienenen Beiträge von Oberingenieur Georg Feydt „Provisorisch, primitiv, praktisch“, sowie auf den Beitrag unter der Überschrift „Feuerstellen und Notkochherde“ in ZB Nr. 3/1964 wie auf eine ganze Reihe von Artikeln, die sich mit Hilfsmaßnahmen befassen.

Alle diese Verlegungen setzen voraus, daß die Bevölkerung nicht sich selbst überlassen bleibt, sondern daß sich Behörden und geschulte Helfer um sie kümmern. Dies erfordert z. B. wiederum die rechtzeitige Planung für eine Bereitstellung von Transportmitteln, die Festlegung von Sammelräumen, die Bereitstellung von Verpflegung, Medikamenten und ärztlicher Betreuung. Es erfordert aber auch in hohem Maße die rechtzeitige Ausbildung von Helfern für diese großen Aufgaben. Unser Volk hat im letzten Krieg und in der Zeit danach schon einmal solche Aufgaben bewältigen müssen und auch in hervorragender Weise bewältigt. Doch die Erfahrungen, die dabei gesammelt wurden, geraten immer mehr in Vergessenheit. In Anbetracht einer veränderten Situation ließe sich sowieso nur ein Teil der Erfahrungen wieder nutzbringend anwenden. Es geht also darum, daß sich Behörden wie auch die Organisation des Zivilschutzes mit den Problemen der Flüchtlingslenkung, -unterbringung, -versorgung und -betreuung auseinandersetzen und notwendige Vorbereitungen treffen, selbst auf das wünschenswerte Risiko hin, daß alle Maßnahmen nie zur Anwendung kommen. Ich bin überzeugt, daß die in diesem Beitrag über die Flüchtlinge im Nahen Osten geschilderten Betreuungsmaßnahmen manche Anregung geben können. ■



# Weltpolitik kann unser Menü bestimmen

Neue Notvorrat-Aktion der Schweizer Behörden



Der Delegierte für wirtschaftliche Kriegsvorsorge des schweizerischen Bundesrates hat Anfang Mai in allen Landesteilen eine neue Notvorrat-Aktion gestartet. Daran beteiligen sich mehrere hundert Großbetriebe, Banken, Versicherungen, Handelsorganisationen usw., die an ihre Arbeiter und Angestellten über 700 000 Flugblätter verteilen. Das für die Aktion gewählte Motto: „Weltpolitik kann unser Menü bestimmen“ stand auf Plakaten und Hunderttausenden von Papiertragetaschen, die in den Geschäften ausgegeben wurden. Aus einer offiziellen Verlautbarung des Delegierten entnehmen wir folgende Zusammenfassung:

„Der Delegierte für wirtschaftliche Kriegsvorsorge empfiehlt als privaten Überbrückungsvorrat für Notzeiten 2 kg Zucker, 1 kg Reis, 1 kg Teigwaren, 1 kg Fett und 1 Liter Öl pro Person.

Nachdem seitens des Vorstehers des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes vor kurzem darauf hingewiesen wurde, daß unser Land wirtschaftlich mindestens ebensogut gerüstet sei wie zu Beginn des zweiten Weltkrieges, mögen sich zahlreiche Hausfrauen fragen, ob seitens des Delegierten für wirtschaftliche Kriegsvorsorge nicht des Guten zuviel getan werde, trotzdem immer wieder an die Notwendigkeit privater Vorsorge zu erinnern. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß die Schweiz über umfassende Lager aller Art verfüge, daß ein elektronischer Anbauplan blitzschnell neue einheimische Produktionsmöglichkeiten aufzeigen könne. Darüber hinaus sei auch organisatorisch die Grundlage für die unverzügliche Inkraftsetzung der Kriegswirtschaft geschaffen.

Notvorrat ist nicht in erster Linie ein privater Beitrag zur Vergrößerung des Volu-

mens unserer gesamten Reserven. Notvorrat ist das technisch notwendige Instrument jedes Haushaltes, um Sperrperioden zu überbrücken. Mit allem Nachdruck muß daran erinnert werden, daß einer Rationierung — wenn sie je nötig sein sollte — fast zwangsweise eine Verkaufssperre vorausgehen würde, die wichtige Waren des täglichen Verbrauchs treffen müßte. Die bei uns in gewissen Abständen und im Gefolge internationaler Spannungen immer wieder auftretenden Hamsterkäufe wären höchstwahrscheinlich auch dann und vermutlich um so intensiver zu erwarten, wenn die internationale Lage eine Rationierung bedingen würde. In einem solchen Falle wären die Behörden gezwungen, Runerscheinungen sehr rasch dadurch zu bekämpfen, daß der Verkauf wichtiger Importlebensmittel, von Seife, Waschmitteln, Brennstoffen und zahlreichen anderen Produkten während 4–8 Wochen verboten würde. Ein solches Verbot liegt im Interesse unserer Bevölkerung, um zu verhindern, daß die unter finanziellen Opfern angelegten Landesvorräte einseitig und im Übermaß dorthin abfließen, wo finanzielle Rücksichten eine nur untergeordnete Rolle spielen.

Die wirtschaftliche Kriegsvorsorge stützt sich deshalb bei ihren Planungsarbeiten auf das Vorhandensein privater Notvorräte. Sie gehören als Element des Versorgungsplanes zum Instrumentarium einer Kriegswirtschaft.

Es ist deshalb müßig zu fragen, ob die vom Delegierten für wirtschaftliche Kriegsvorsorge empfohlenen Mindestvorräte von Zucker, Reis, Teigwaren, Fett und Öl im Notfall genügen. Auch die oft aufgeworfene Frage, wo die Notvorräte in den Neubauwohnungen untergebracht werden sollen, verliert an Gewicht, wenn man sich vergegenwärtigt, in welcher prekären Lage man geraten könnte, falls man auf die Vorratshaltung verzichtet. Wengleich der Delegierte für wirtschaftliche Kriegsvorsorge in Architektenkreisen hinsichtlich der Gestaltung von Küchen und Kellern anregend wirken mag, kann es nicht seine vordringlichste Aufgabe sein, für jeden Fall Lösungen zu finden. Sein Auftrag liegt in der Sicherung der Landesversorgung in schwierigen Zeiten. Nachdem er jedoch seit Jahren immer wieder darauf hinweist, daß unsere wohlvorbereitete Kriegswirtschaft das Vorhandensein privater Vorräte voraussetzt, liegt es im wohlverstandenen Interesse jedes Haushaltes, genügend umfangreiche und vielfältige Vorräte für den hoffentlich nie eintretenden Eventualfall zu unterhalten. ‚Weltpolitik kann unser Menü bestimmen‘, mahnt der Delegierte für wirtschaftliche Kriegsvorsorge und weist gleichzeitig darauf hin, daß Notvorrat ein ausgezeichnetes Mittel ist, die Unabhängigkeit des Haushaltes von Zeit und Umständen zu gewährleisten.“

Der Aktion war in Presse, Radio und Fernsehen ein sehr gutes Echo beschieden. Es ist erstaunlich, wie selbstverständlich und positiv sich in der Schweiz alle Träger der Publizität in den Dienst des Landes stellen.



# ZIVILSCHUTZ DER SCHWEIZER ALS VORBILD

Vom 19. bis 23. Mai weilte eine Delegation des Deutschen Bundestages in der Schweiz, um eine vom Bundesamt für Zivilschutz im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement gründlich vorbereitete Studienreise zu unternehmen, Einrichtungen des Zivilschutzes zu besichtigen und mit Parlamentariern Fragen der umfassenden Landesverteidigung zu diskutieren. Der Delegation gehörten von deutscher Seite an:

Herr H. Schmitt-Vockenhausen, Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages (SPD); Delegationsleiter,  
Herr W. Müller (Mülheim), Abgeordneter des Deutschen Bundestages (SPD),  
Herr R. Bühling, Abgeordneter des Deutschen Bundestages (SPD),  
Frau E. Enseling, Abgeordnete des Deutschen Bundestages (CDU/CSU),  
Herr A. Hanz, Abgeordneter des Deutschen Bundestages (CDU/CSU),  
Herr M. Schlager, Abgeordneter des Deutschen Bundestages (CDU/CSU),  
Herr H. A. Thomsen, Ministerialdirektor im Bundesministerium des Innern,  
Herr Dr. R. Schmidt, Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz,  
Herr W. Fritze, Leitender Regierungsdirektor und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundesluftschutzverbandes,  
Herr Dr. Kremer, Regierungsdirektor und Assistent des Innenausschusses des Deutschen Bundestages.

Sie wurde in der Schweiz empfangen und begleitet von:

Herr Dr. A. Riesen, Generalsekretär des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements,  
Herr W. König, Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz,  
Herr G. Grunau, Bundesamt für Zivilschutz,  
Herr H. Alboth, Presse- und Informationschef des schweizerischen Bundes für Zivilschutz.

Am Tage der Ankunft sahen die Teilnehmer im Studio des Armeefilmdienstes den englischen Film „The War Game“, der reali-

## Bonner Parlamentarier auf instruktiver Studienreise

Von Herbert Alboth, Schweiz

stisch zeigt, was einem Volk droht, das gleichgültig ist, dessen Regierung verantwortungslos die Wahrheit umgeht und keinen genügenden Zivilschutz aufbaut. In Kriegs- und Katastrophenlagen sind Überleben und Freiheit nicht gesichert. Der Film hinterließ einen sehr nachhaltigen Eindruck und brauchte keinen weiteren Kommentar.

Am Abend waren die Teilnehmer Gäste des deutschen Botschafters Dr. F. Buch.

Der Montag begann mit der Besichtigung von Zivilschutzanlagen in der Bundesstadt Bern, wo der Chef des Amtes für Zivilschutz, Notar Max Reinhard, die Führung übernahm, die klar die ersten Eindrücke der Verwirklichung der Gesetze über den Zivilschutz und der baulichen Maßnahmen vermittelte. Die Schweiz verfügt heute bereits über Schutzräume für 2,7 Millionen Menschen. In einer der unterirdischen Kommandozentralen ließ sich die Delegation zu einem längeren Gedankenaustausch nieder. Fachleute standen für die verschiedenen Gebiete Rede und Antwort. Einen nachhaltigen Eindruck hinterließ auch der unterirdische Bunker für Kulturgüter.

Es war für diese Studienreise charakteristisch, daß in unzähligen Aussprachen und Begegnungen der Strom der Information und des Erfahrungsaustausches ungehindert floß und sehr ergiebig war. Die Mitglieder der Delegation wurden zudem mit wertvollen Dokumentationsunterlagen ausgestattet, die einer gründlichen Durcharbeitung bedürfen,

## Beim Generalstabschef der Schweizer Armee

Am Montagnachmittag wurde die Delegation im Parlamentsgebäude des Bundeshauses durch den Generalstabschef der Schweizer Armee, Oberstkorpskommandant Paul Gygli, empfangen, der in einem Referat über die Zusammenarbeit von Armee und Zivilschutz orientierte. Er unterstrich, daß die Armee allein Freiheit und Überleben der Eidgenossenschaft nicht mehr zu garantieren vermag und dem totalen Krieg auch von einem kleinen Staat die umfassende Gesamtverteidigung mit dem Zivilschutz, der wirtschaftlichen und geistigen Landesverteidigung entgegengestellt werden muß. Der Zivilschutz ist in diesem Rahmen zu einem wichtigen Glied der Gesamtverteidigung geworden, das eng mit der Armee verkettet ist. Durch die letzte Armeereform, als die Armee, die bis 1961 die Wehrpflicht von 20 bis 60 Jahren kannte, das Ende der Militärdienstpflicht auf das 50. Lebensjahr festsetzte, wurden 200 000 Mann für den Zivilschutz frei. Einen weiteren Beitrag von rund zwei Divisionen bilden die 28 Bataillone und 13 selbständigen Einheiten der Luftschutztruppen, die nur für den Schutz der Bevölkerung eingesetzt werden. Es geht heute im modernen Krieg um das Überleben, und deshalb hat sich die Armee durch die Luftschutztruppen darauf vorbereitet, der Zivilbevölkerung in den Schwerpunkten von Katastrophen, wo der örtliche Zivilschutz zerschlagen oder überfordert sein wird, beizustehen. Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten haben selbst das größte Interesse an einem maximal ausgebauten Zivilschutz.

Der Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz, Altnationalrat Walter König, ergänzte die Ausführungen des Generalstabschefs und bot eine Übersicht der Entwicklung, des Aufbaues, des heutigen Standes und der künftigen Pläne des zivilen Bevölkerungsschutzes in der Schweiz. Das organische Wachstum und die glückliche Ein-



fügung dieser Maßnahmen in die Bundesverfassung und in eidgenössische Gesetze wie auch die Weitsicht und das Verantwortungsbewußtsein der zuständigen Behörden wurden von den deutschen Gästen bewundernd zur Kenntnis genommen. Die abschließende Diskussion brachte einen anregenden Erfahrungsaustausch über die schweizerische Konzeption des Zivil- und Katastrophenschutzes.

Am Montagabend wurde die Delegation vom Berner Stadtpräsidenten, Nationalrat

Dr. Reinold Tschäpät, empfangen. Eine Abendveranstaltung vereinigte anschließend die deutschen Abgeordneten und ihre Begleitung mit Schweizer Parlamentariern verschiedener Parteien und Chefbeamten des Bundesamtes für Zivilschutz.

### Empfang beim Bundesrat Roger Bonvin

Während einer Besichtigung des Bundeshauses wurden die Gäste am Dienstagvor-

mittag durch Bundesrat Roger Bonvin empfangen, mit dem sich im Empfangszimmer des Bundesrates ein anregendes Gespräch über Fragen des Zivilschutzes und der umfassenden Landesverteidigung entwickelte. Bundesrat Bonvin ist Ingenieur und bekleidet in der Armee den Rang eines Obersten. Die Probleme des Zivilschutzes sind diesem hohen Magistraten der Eidgenossenschaft somit vertraut. Der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundes-

Fortsetzung Seite 24



Links oben: Von besonderem Wert war die Orientierung durch den Generalstabschef der Schweizer Armee im Bundeshaus. Unser Bild v. r.: der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, MdB Hermann Schmitt-Vockenhausen;

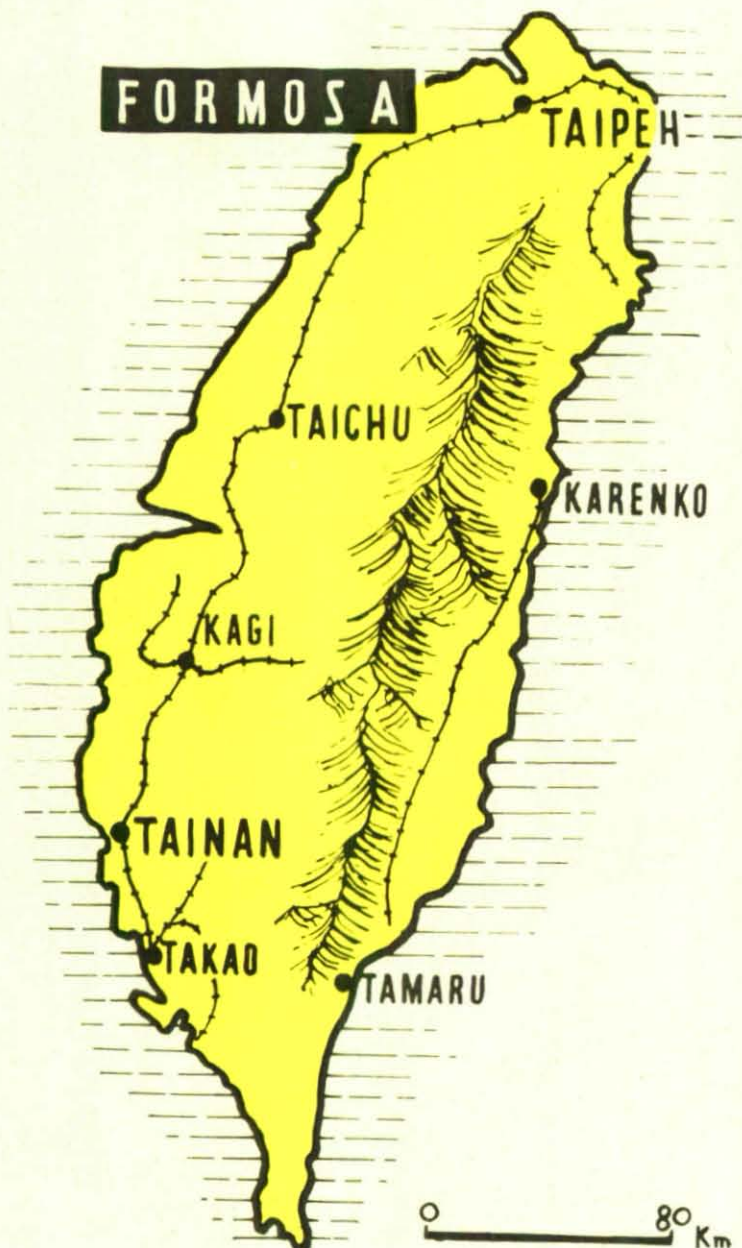
Oberstkorpskommandant Paul Gygli; der Direktor des Schweizerischen Bundesamtes für Zivilschutz, Walter König; Hans Arnold Thomsen, Ministerialdirektor im Bundesministerium des Innern. Rechts oben v. r.: Regierungsdirektor Dr. Kremer, Assistent des Innenausschusses; Direktor Walter

König und der Departementssekretär des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Dr. Arnim Riesen. Unten links: Führung durch das unterirdische Notspital. Unten rechts: Aussprache über das Notspital. MdB Schmitt-Vockenhausen (stehend) stellt Fragen an die Schweizer Gastgeber.



# Herumstehen nutzt nichts

General Li baut mit 70 000 jungen Chinesen



F. L. von Thadden, Chefredakteur der Saarbrücker Zeitung, berichtet für die ZB von den Spannungsgebieten der Weltpolitik im Fernen Osten. Hier sein Beitrag über die Nationale Republik China auf Formosa oder Taiwan, wie die Chinesen die große Insel nennen.

General Li ist Kommandeur der Garnison von Taiwan und gleichzeitig Befehlshaber des Zivilschutzes. Die Verbindung von militärischem Status und ziviler Aufgabe ist in asiatischen Ländern nichts Ungewohntes. Die Behörden gehen davon aus, daß viele Aufgaben am besten von Militärs behandelt und gelöst werden können.

„Befehlshaber der Garnison von Taiwan“ bedeutet, daß dem General alle Truppen auf der etwa 500 Kilometer langen Insel unterstellt sind. Die Befehlsbereiche der vorgelagerten Inseln sind selbständig und dem Oberkommando untergeordnet.

Bevor wir den verhältnismäßig fortschrittlichen und gut durchdachten Aufbau der Zivilverteidigung Nationalchinas näher untersuchen, sei einiges über die Grundprobleme der Bevölkerung gesagt. Die etwa 13 Millionen Bewohner Taiwans stammen in der Mehrzahl von chinesischen Einwanderern ab, die seit dem 16. Jahrhundert von der gegenüberliegenden Provinz Fukien im heutigen rotchinesischen Machtbereich herübergekommen sind. Sie stießen auf Urbewohner, von denen noch etwa eine halbe Million leben, die mehr mit den Malaien verwandt sind.

Eine große Einwanderungswelle mit etwa drei Millionen Menschen löste der Vormarsch der Truppen Mao Tse-tungs aus. 1949 war das Hauptjahr dieser Flucht. Zusammen mit vielen intelligenten und qualifizierten Flüchtlingen, unter ihnen Professoren, Facharbeiter und Geschäftsleute, übersiedelte auch die Regierung nach Taiwan. Sie wurde von dem Parlament des Riesenreiches begleitet.

Die Anwesenheit dieses Parlamentes in der Hauptstadt Taipeh legalisiert den Anspruch der „Nationalen Republik





**Fahrräder, Rikschas und überfüllte Busse beherrschen das Stadtbild jeder taiwanesischen Stadt, wie hier in der Hauptstadt Taipeh.**

China", die rechtmäßige Vertretung des gesamten chinesischen Volkes zu sein. Die Mehrzahl der UNO-Mitglieder erkennt dies an; so befinden sich in Taipeh mehr diplomatische Vertretungen als in Peking.

Wie bereits in dem Artikel über Quemoy (ZB 5/1968) angedeutet wurde, gab es zunächst auf Taiwan nur eine einzige Sorge: Invasion durch die Rotchinesen. Aus diesem Grunde bestand zunächst eine Militärdiktatur, die freilich – in Asien eine Ausnahme – einen Demokratisierungsprozeß durchgemacht hat. Bei den Wahlen in diesem Jahr wurden Vertreter der Staatspartei Kuomintang, einer liberalen und einer sozialdemokratischen Partei gewählt; auch Unabhängige konnten sich für hohe Positionen durchsetzen.

Für den Verwaltungsaufbau Taiwans ist es kennzeichnend, daß es neben der Regierung mit gesamtchinesischem Anspruch noch eine für die „Provinz Taiwan“ gibt; erstere hat ihren Sitz in Taipeh, die zweite in der Nähe von Taichung, in der Mitte der Insel.

Jeder Besucher Nationalchinas wird den beträchtlichen Fortschritt bestätigen können. Die Insel steht heute im Lebensstandard hinter Japan an zweiter Stelle in Ostasien. Die Währung gilt als sehr fest; ein Taiwan-Dollar entspricht genau zehn Pfennig. Die Insel verfügt über eine hoch-

qualifizierte Verwaltung, sie stellt viele Güter her und hat schon vor mehreren Jahren auf amerikanische Hilfe verzichtet können. Lediglich über die üblichen internationalen Finanzierungsmöglichkeiten erfolgt der weitere Aufbau.

Einige Beispiele: Tanker bis zu 35 000 Tonnen und Frachtschiffe bis zu 13 000 Tonnen werden selbst gebaut. Es bestehen eine staatliche und eine private Fernsehgesellschaft, die Geräte werden im Lande hergestellt. In der Ölversorgung ist man zwar von Importen abhängig, doch wird das Erdöl in Taiwan raffiniert. Kohlevorkommen sind spärlich, wohl aber erlauben die gewaltigen Wasserkraftreserven eine fast durchgehende Elektrifizierung des Landes, die bis in entlegene Dörfer vorgedrungen ist. 97 Prozent der Kinder im schulpflichtigen Alter erhalten Unterricht. Sieben Universitäten besitzen europäischen Rang; eine wurde übrigens mit deutscher Hilfe ausgebaut und hat unter ihren Lehrkräften zahlreiche Deutsche, die einst in Peking unterrichteten.

Der Verkehr ist – abgesehen von Japan – der dichteste in Ostasien. Neben den inter-

nationalen Gesellschaften, die Taipeh anfliegen, bestehen mehrere inländische Fluglinien, die ein halbes Dutzend Orte auf der Insel verbinden: Der Flugverkehr ist darum von wachsender Bedeutung, weil dem Bahnnetz – es verkehren vollklimatisierte Schnellzüge mit modernen Diesellokomotiven – nur die Küstenstreifen offenstehen. Das Inland hat Hochgebirgscharakter und ist entsprechend dünn besiedelt. Eine einzige Ost-West-Straße wurde gebaut, die mit ihren hunderten Tunnels eine Meisterleistung des Straßenbaus ist. Fast alle Straßen sind wetterfest, die großen Durchgangsstraßen entsprechen europäischen Vorstellungen.

Die Masse der Bevölkerung wohnt in den Küstenlandschaften. Die Landwirtschaft hat nach einer vorbildlichen Landreform die Produktion verdreifacht und exportiert heute Lebensmittel. Champignons und Spargel aus Taiwan sind auch auf dem deutschen Markt bekannt. Reis, die Grundnahrung der Bevölkerung, ist ausreichend vorhanden. Ein Teil der landwirtschaftlichen Maschinen wird ebenso wie Waschmaschinen, Kühlschränke, Pipelines, Drehbänke, Autos und Motorräder im Lande selbst hergestellt. In der Industrie haben Leichtmetallindustrie, zunehmend aber auch Maschinenbau und Textilfertigung Vorrang. Die Häfen Kelung im Norden und



\* alle geprüft und zugelassen

# Schutzraum™

Türen und Abschlüsse

... natürlich von **Schwarze**

Drücktüren u.-klappen  
Notausstiegluken  
Gastüren u.-klappen

Deutsche Metalltüren-Werke Aug. Schwarze AG · Post: 4801 Quelle



Kachsiung im Süden erreichen internationales Format und werden ständig ausgebaut.

Die militärische Sicherung Taiwans erfolgt durch etwa 400 000 Angehörige der Landstreitkräfte, mehr als 50 000 der Marine und der Marineinfanterie sowie 80 000 Mann der Luftwaffe, die mit den modernsten Flugzeugen, aber auch mit Raketen ausgerüstet ist.

Interessant ist es nun, daß zu diesen – gemessen an der Größe der Insel und der Bevölkerungszahl – sehr beträchtlichen Streitkräften noch etwa 70 000 weitere junge Nationalchinesen in den „Kombinierten Kräften“ treten.

Nach den Auskünften auf Taiwan obliegt den „Kombinierten Kräften“ die Bereitstellung und der Nachschub von militärischem Material, aber sie sind auch zuständig für Aufgaben, die der gesamten Bevölkerung dienen. Aus diesem Grund ist der Einsatz dieser militärisch organisierten und uniformierten Truppe überall spürbar und gebietet Respekt.

Eine Übersicht, die mir übergeben wurde, zählt u. a. folgende Leistungen in den vergangenen vier Jahren auf: etwa 100 000 Häuser errichtet, 92 000 Hektar Land für die landwirtschaftliche Nutzung erschlossen, 620 Kilometer Straßen und 250 Kilometer neue Eisenbahnstrecke errichtet; dazu kamen Brückenbau, Aufforstungsarbeiten und Brunnenbau.

Vom europäischen Standpunkt aus gesehen sind solche Arbeiten nicht Aufgaben eines Zivilschutzkorps; aus verständlichen Gründen heraus denkt man darüber in Taiwan anders. Offiziere sagten mir, man müsse schließlich diejenigen, die nicht mit der Waffe auf Wache stünden, nützlich beschäftigen. Man müsse Aufgaben stellen, an denen sich die jungen Männer erproben könnten, ohne daß schon der Ernstfall gegeben sei. So sei es gleichgültig, ob man im Frieden neue Bahnlinien baue oder im Kriege zerstörte Verkehrswege wiederherstelle; die technischen Aufgaben entsprächen einander. Das sei auch bei dem Bau von Brunnen, Feuerlöschteichen, Schutzräumen und der Einrichtung von Notlazaretten der Fall. Ebenso haben die „Kombinierten Kräfte“ eine lohnende Aufgabe beim Bau von Deichen, die das Küstenland gegen Springfluten schützen sollen.

Durch die erheblichen Vollmachten der Regierung ist es bereits in Friedenszeiten möglich, einschneidende Maßnahmen zu treffen, die der Hebung der gesamten Verteidigungsbereitschaft dienen. So sind große Teile der Küstenlandstriche Sperrgebiete für Zivilisten. Andererseits hat General Li keine Schwierigkeiten, wenn er zum Bau von Schutzräumen Arbeitskräfte braucht; er beordert einfach Rekruten zur Unterstützung seiner zivilen Bautrupps. Auch hier ist man der Meinung, daß der Einsatz geschlossener Truppenteile für den Bau von Schutzräumen, Deckungsgräben, Feuerwehr-Gerätedepots usw. sinnvoller sei, als wenn man die Soldaten nur herumstellen lasse.

Kerngedanke dieser Verzahnung von

Schutzmaßnahmen für Truppe und Bevölkerung ist – dies wird immer wieder betont –, ein besseres gegenseitiges Verständnis zu schaffen; schließlich sei man im Ernstfall aufeinander angewiesen. Im Hintergrund ist aber noch ein Gedanke: Durch Jahrhunderte hindurch war der Chinese daran gewöhnt, daß das Militär nicht nur Belastung, sondern oft auch Schrecken bedeutete. Die Soldaten der sich gegenseitig befehdenden Bürgerkriegsgenerale waren fast stets marodierenden Räuberhaufen zum Verwechseln ähnlich. Sie plünderten das Land aus, erhoben unerschwingliche Steuern und preßten die Zivilisten in die Arme. Demgegenüber ist das Verhältnis zwischen Armee und Bevölkerung auf Taiwan heute wesentlich geordneter und deshalb besser. Typischen Anzeichen von Schutzmaßnahmen begegnet man in Taiwan überall, wenn auch aus Sicherheitsgründen nicht viel gesprochen wird. Die großen Städte verfügen über zum Teil ausgedehnte Schutzanlagen. Dagegen bereiten die Vorstädte mit ihren leicht gebauten Häusern Sorge, wie bei einem Bombardement Feuerstürmen gewehrt werden kann. Einiges ist inzwischen geschehen. Die Zahl der Feuerwehrrachen







**Oben: Die Wachsamkeit läßt keine Sekunde nach. Nationalchinesischer Soldat auf Küstenwache.**  
**Rechts daneben: Krankenschwestern vor dem Eingang zu einem unterirdischen Krankenhaus.**  
**Links: Hier transportieren Arbeiter ohne jegliche maschinelle Hilfe tonnenschwere Maste über die Straße.**  
**Rechts: Kinder auf dem Spielplatz einer deutschen Missionsschule in der Nähe von Pintung.**  
**97% der Kinder erhalten auf Taiwan Schulunterricht. Unter den Lehrern — auch auf den Hochschulen — befinden sich zahlreiche Deutsche, die bereits in Peking oder sonstwo im heutigen rotchinesischen Machtbereich Unterricht erteilten.**





**Oben: Typische Landschaft im Südosten von Taiwan. Die Mitte der Insel hat Hochgebirgscharakter und ist entsprechend dünn besiedelt.**

**Unten: Schüler und Schülerinnen einer Landwirtschaftsschule bei der Arbeit auf einer Plantage, die vor allem dem Versuchs-anbau dient.**



wurde vermehrt, ihr Material genügt modernen Ansprüchen. Bei der Städteplanung werden Schutz- und Grünstreifen gegen Übergreifen von Großbränden berücksichtigt. Vor allem aber scheinen ausgedehnte Vorkehrungen zur Evakuierung größerer Bevölkerungsteile in das Innere der Insel getroffen worden zu sein. Manche Raststätten und Hotels im Zentrum von Taiwan erwecken den Eindruck, daß sie im Notfall zur Unterbringung von Evakuierten benutzt werden können. Notlazarette sollen eine ausreichende Krankenversorgung garantieren. Zu den streng gehüteten Geheimnissen gehört es, wohin bei einem Angriff die Behörden ausweichen werden.

Uniformierte Einheiten stehen im Ernstfall für die Lenkung der Bevölkerung, ihre Information und die Verkehrsleitung bereit. Es sind speziell ausgebildete Kräfte, die über Lautsprecherwagen, Felddruckereien usw. verfügen.

Die relativ große Entfernung Taiwans vom Festland macht es für absehbare Zeit unwahrscheinlich, daß die Truppen Mao Tse-tungs zum Angriff antreten. Eine Garantie sehen die Verantwortlichen auf Taiwan in der Herrschaft über den Luft- und Seeraum, die sie in der Meeresstraße zwischen dem Festland und der Insel bisher fast ungehindert ausüben. Sie sind ferner davon überzeugt, daß die Radaranlage auf den Kinmen-Matsu-Inseln und den Pescadores eine rechtzeitige Alarmierung der Bevölkerung garantiert. Alle Ortschaften sind mit Sirenen versehen.



# Für den Rettungseinsatz geschaffen

Von Fritz Wagner

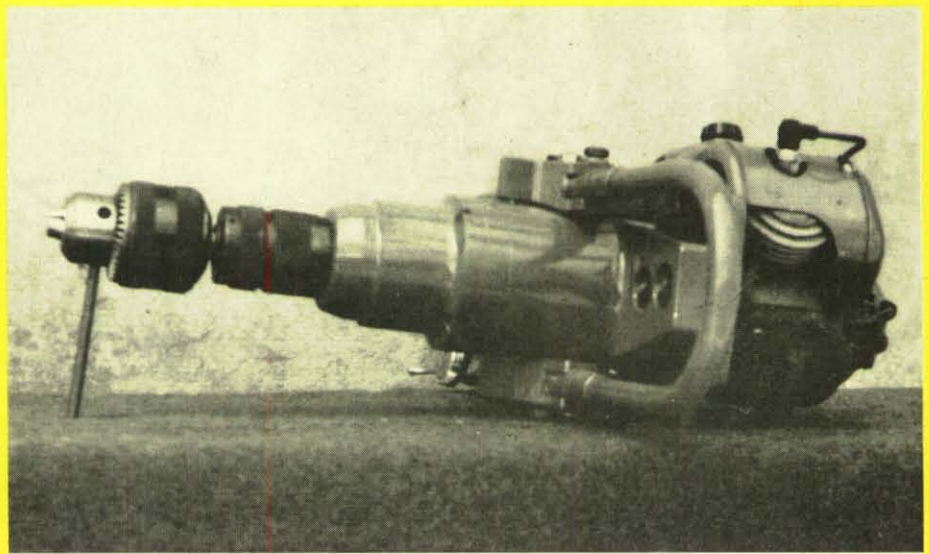
Ein Handwerksbetrieb oder eine Baustelle sind heute kaum noch vorstellbar ohne den vielfältigen Einsatz größerer und kleinerer Arbeitsmaschinen. Wo früher mühsam mit Meißel und Fäustel gestemmt werden mußte, frißt sich jetzt in Sekundenschnelle ein Steinbohrer durch Wände und Decken. Wo der Zimmermann mit Schrotsäge und Handbeil sein Holz herrichtete, surren heute die Handkreissägen, anstelle der kraftvollen Axtschläge der Holzfäller dröhnen die Kettensägen durch den Wald.

Was lag näher, als die Fortschritte in der Arbeitsgeräte-Technik auch für den Einsatz von Rettungskräften aller Art nutzbar zu machen, um bei Unfällen und Katastrophen schneller und sicherer Verunglückte retten zu können.

Die Übernahme in der Wirtschaft üblicher Geräte ist jedoch oft bei näherer Prüfung nicht zweckmäßig. Die meisten Geräte sind für eine bestimmte Tätigkeit vorgesehen, oder sie sind von der Zuführung elektrischer Energie abhängig, in Gewicht und Abmessung nur mit Fahrzeugen zu transportieren, technisch zu speziell gestaltet und dadurch schwierig zu bedienen und nicht zuletzt finanziell aufwendig.

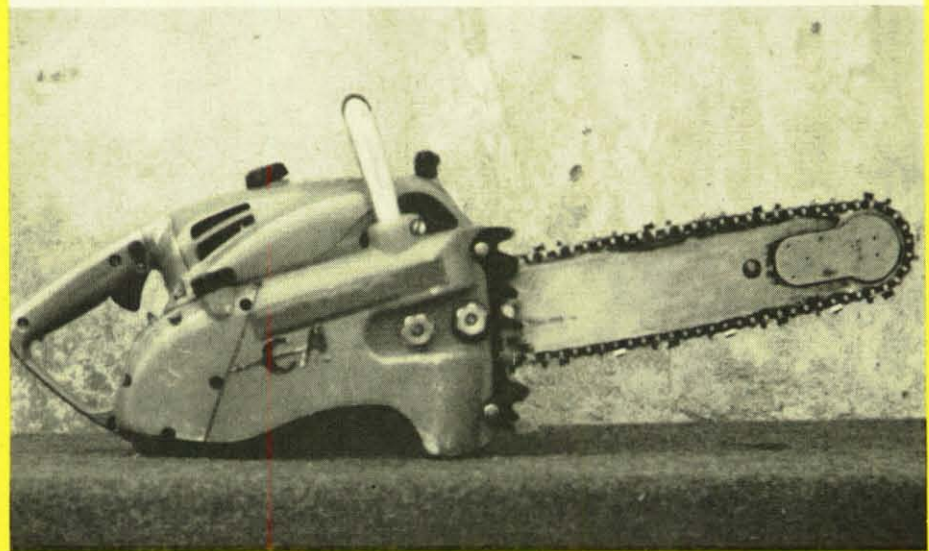
Ein zweckmäßiges Rettungs-Arbeitsgerät sollte möglichst vielseitig verwendbar und unabhängig von der Zuführung elektrischer Energie sein, da zusätzliche Stromerzeuger die Kosten erheblich erhöhen. Außerdem sollte das Gerät möglichst leicht und auch unter schwierigen Verhältnissen mitzuführen sein. Es muß einfach sowie „narrensicher“ zu bedienen und zu warten sein. Die Beschaffungs- und Unterhaltungskosten sollten sich in niedrigen Grenzen halten, so daß viele Einheiten mit dem Gerät ausgerüstet werden können.

In mehrjähriger Zusammenarbeit wurde nun von Dienststellen des Zivilschutzes



Ansicht des Rettungs-Mehrzweckgeräts mit Zweitaktmotor; hier mit einem aufgesteckten Bohrkopf.

Das Gerät mit Kettensäge. Die Umrüstung auf andere Werkzeuge ist in wenigen Minuten erledigt.





mit drei namhaften Firmen ein „Rettungs-Mehrzweckgerät“ entwickelt, das die genannten Voraussetzungen weitgehend erfüllt.

An einen serienmäßig hergestellten und in vielen tausend Stück bereits vorhandenen kleinen Zweitaktmotor werden Vorsatzgeräte angesetzt, mit denen die am häufigsten bei Rettungsmaßnahmen vorkommenden Arbeiten kräftesparend und schnell ausgeführt werden können.

Die gesamte Gerätekombination kann nach Gewicht und Umfang in einfachen Behältern (z. B. Tragetaschen von Rettungsstaffeln, Rucksäcken von Bergungshelfern) von zwei Personen mitgeführt werden. Jedes Vorsteckgerät erfordert zur Bedienung nur einen Mann. Zum Montieren der Geräte sowie zur Pflege des Motors und der Arbeitswerkzeuge wird nur ein Spezialschraubenschlüssel benötigt. Die Umrüstung von einem Werkzeug auf ein anderes ist in 2 bis 3 Minuten zu erledigen. Die Werkzeuge für die Vorsteckgeräte, wie z. B. Bohrer, Trennscheiben, Sägeketten sind weitgehend handelsüblich oder genormt. Für den Umbau sind keinerlei komplizierte Werkzeuge oder Umbausätze erforderlich.

Das komplette „Mehrzweckgerät“ besteht aus den nachstehend beschriebenen Teilen: Antriebsmaschine:

Abmessungen: 25×25×30 cm (ohne aufgestecktes Vorsatzgerät)

Gewicht: 6 kg ohne Tankfüllung

Motor: Einzylinder-Zweitaktmotor

Hubraum: 56 ccm

Leistung: 3,6 DIN-PS bei 6000 Upm

Antrieb: Direktantrieb über Fliehkraftkupplung

Kraftstoff: Normalbenzin zu Zweitaktöl = 25:1

Verbrauch: 0,7 l/h

Tankfüllung: 0,7 l

Sägekettenöl: Sauberes Maschinenöl mit Haftzusatz 6,5–7,5 Gr. E bei 50° Celsius

Sägegerät für die üblichen Holz- und Bauholzarbeiten:

Dreilaschen-Hobelzahnsägekette und Säge-schiene mit Umlenkrolle – wahlweise in Längen von 32 und 43 cm – zum direkten Anflanschen an die Antriebsmaschine. Die Sägekette wird während des Betriebes vom Motor her automatisch geschmiert. Gewicht des Sägegerätes 1,8 kg.

Trenngerät zum Trennen und Schleifen der verschiedensten Werkstoffe wie z. B. Profilstahl, Baustahl, Bleche und Beton, Mauerwerk- und Deckensteine usw.:

Gehäuse mit Haltebügel, Keilriementrieb und freiem Wellenende zur Aufnahme der Trennscheibe. Übersetzung des Riementriebes 1:1,5. Die angebaute Trennscheibe ist mit einer Blechhaube, die zugleich der Tiefeneinstellung dient, aus Sicherheitsgründen verkleidet. Das Trenngerät wird in gleicher Weise wie das Sägegerät direkt an die Antriebsmaschine angeflanscht. Vorher ist die richtige Trennscheibe (für Stein oder Stahl) zu wählen. Gewicht des Trenngerätes 3 kg.

Bohrgerät zum Drehbohren in Holz und Stahl und zum Schlagbohren in Beton und

Mauerwerk der verschiedensten Werkstoffe: Gehäuse mit eingebautem Getriebe und 4stufig einstellbarem Schlagwerk sowie aufgesetztem Bohrfutter mit einem Spannungsbereich von 0–20 mm Ø zylindrisch bzw. 0–17 mm Ø 6kantig.

Antriebsdrehzahl: 500 Upm

Schlagzahl: 8000/min

Gewicht: 10 kg

Bohrerabmessungen: Holz bis 60 mm, Stahl bis 20 mm, Stein und Beton bis 30 mm, Länge beliebig.

Diese Gerätekombination wurde in intensiven Erprobungen – während der Entwicklungszeit und nach der Fertigstellung – eingesetzt und kann als ein ganz vorzügliches Rettungsgerät bezeichnet werden.

Bei Holzarbeiten, z. B. zum Anfertigen von Abstützungen und Aussteifungen, beim Durchtrennen von Holztrümmerstücken und Einschneiden von Durchbrüchen in Holzdecken und Holztüren wird die mühsame und zeitraubende Arbeit mit Handsägen und Stichsägen durch den sekundenschnellen Einsatz der Kettensäge ersetzt.

Stahltrümmer, wie Moniereisen, Trägerteile, Rohre, können mit der Trennscheibe leicht zerschnitten werden. Ein Durchbruch durch eine Stahlblechtür z. B. ist in drei Minuten vollbracht.

Das Durchbrechen von Mauerwerk und Betonwänden wird wesentlich erleichtert. Die mit dem Gesteinsbohrer in kurzer Zeit angebrachten Bohrlöcher rund um den

Durchbruch verkürzen die Durchstammzeit mit Fäustel und Meißel erheblich.

Das „Mehrzweckgerät“ dürfte in der jetzt vorliegenden Form als besonders zweckmäßig angesehen werden für die Ausrüstung von kleineren Rettungseinheiten, wie z. B. Rettungsstaffeln besonders im Betriebs-selbstschutz, bei Betriebs- und Werkfeuerwehren, kleineren Freiwilligen Feuerwehren, kleineren Pioniereinheiten, aber auch als vielseitig verwendbares Arbeitsgerät für Bauarbeiten, an Materiallagerplätzen, bei Abbruch- und Verschrottungsarbeiten und sonstigen Tätigkeiten, die nicht ständig motorgetriebene Handgeräte erfordern.

Neben den geschilderten Vorsatzgeräten können weitere Geräte angebaut werden. So wurden bereits Erprobungen mit einer Kreiselpumpe (aus der Tragkraftspritze 0/5) durchgeführt, die beste Ergebnisse zeigten. Die Energieabgabe und Umdrehungszahl des Antriebsmotors reicht sogar aus, die Kreiselpumpe der TS 2/5 voll leistungsfähig zu betreiben. Das Trennscheiben-Vorsatzgerät läßt sich in eine Hand-Kreissäge umwandeln und so als Holzarbeitsgerät verwenden.

Mit der Entwicklung dieses „Mehrzweckgerätes“ – praktisch einer Ergänzung und Weiterentwicklung bereits bekannter Geräte – kann eine im Rettungswesen fühlbare Lücke geschlossen werden, zumal auch die Beschaffungskosten im üblichen Rahmen bleiben.



## DER SCHWEIZER ZIVILSCHUTZ ALS VORBILD

Fortsetzung von Seite 17

tages, MdB Hermann Schmitt-Vockenhausen, bedankte sich in einer Ansprache für die vom Bundesamt für Zivilschutz vortrefflich vorbereitete Studienreise, die viele Ein- und Aussichten vermittelte, die auch für die Bundesrepublik Deutschland entscheidend werden können.

Zu einem Höhepunkt wurde am Dienstagnachmittag, nach einer Fahrt durch das Schweizer Mittelland und Luzern, in Lachen die Besichtigung des ersten unterirdischen Notspitals der Schweiz mit 200 Betten. Der Regierungsrat des Kantons Schwyz, Georges Leimbacher, der dieses Spital erbaut hatte, übernahm die Führung durch dieses Zentrum sanitärer Hilfe, das 2,834 Millionen Franken kostete und somit unter dem Kostenvoranschlag von 3 Millionen blieb.

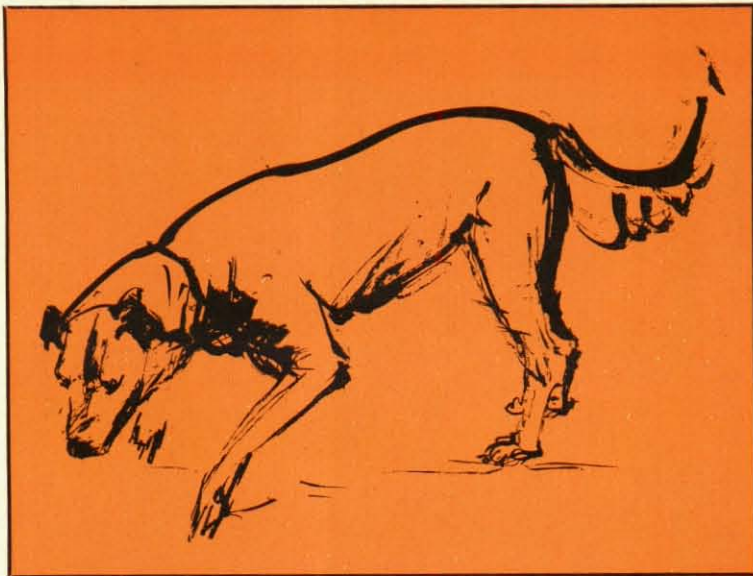
Am Dienstagabend empfing der Zürcher Regierungsrat die Gäste, wobei der Militärdirektor des Kantons Zürich, Regierungsrat Albert Moosdorf, die Rolle des Gastgebers übernahm. Auch hier hatten sich eine Reihe eidgenössischer Parlamentarier eingefunden, um in Diskussionen Rede und Antwort über die Schweizer Konzeption der umfassenden Landesverteidigung und den Zivil-

schutz zu stehen. Der Finanzchef der Stadt Zürich, Nationalrat Ernst Bieri, beleuchtete die finanziellen Auswirkungen des Zivilschutzes für die größte Schweizer Stadt. Allein auf baulichem Gebiet sind bis zum Endausbau 500 Millionen Schweizerfranken projektiert, von denen bereits 60 Millionen ausgegeben oder gebunden sind.

Den Abschluß der Studienreise bildete die Besichtigung der unterirdischen Notküche im „Triemli“, wo im Katastrophenfall zentral weite Teile der Bevölkerung gepflegt werden können. Es ist selbstverständlich, daß dazu auch ein großes unterirdisches Lebensmittellager gehört.

Die Schweizer Gastgeber betrachteten es als eine Ehre, diese Delegation des Deutschen Bundestages empfangen zu dürfen, um damit über die Grenzen hinweg einen Beitrag zu leisten zur wichtigsten und humanitären Aufgabe unserer Zeit, die zudem eine sittliche Verpflichtung allen Menschen guten Willens ist, dem Zivilschutz. Die Schweiz wird immer bereit sein, im Dienste der Freiheit und des Überlebens ihre Erfahrungen und ihre Hilfe zur Verfügung zu stellen.





# Polizeihunde im Kampf gegen den Lawinentod

Von Polizeidirektor  
Dr. Othmar Keller, München

In den Alpen liegen im örtlichen Zuständigkeitsbereich der Bayerischen Landpolizei viele begangene Tourengebiete mit Kletterrouten bis zum Schwierigkeitsgrad VI, die meisten Abfahrtspisten und zahlreiche lawinengefährdete Gebiete. Hierzu rechnen u. a.:

Hoher Göll (Nordseite) mit Kehlstein (bis 2300 m), Roßfeld, Obersalzberg, Lattengebirge, Hochstaufen, Rauschberg, Hochfelln, Hochgern, Kampenwand, Hochries, Wendelstein, Sudelfeld, Rotwand- und Spitzinggebiet, Wallberg, Risserkogel, Tegernseer Berge, Brauneck-Benediktenwand, Herzogstand, Krottenkopf, Eckbauergebiet, Laber, Trauchgauer und Buchinger Berge, Tegelberg, Kienberg, Alpspitze bei Nesselwang, Grünten, Entschkopf, Rubihorn, Nebelhorn (2224 m), Wengenköpfe, das Hörnergebiet (Riedberger Horn) und die Nagelfluhkette.

Im Rahmen des Lawinenwarndienstes haben die Landratsämter, in deren Bereich erschlossenes Skigelände von Lawinen bedroht werden kann, Beobachter bestellt, die auf festgelegten Meßfeldern bestimmte Messungen und sonstige Beobachtungen vornehmen und in bestimmten Zeitabständen fernmündlich an die bei der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern errichtete „Lawinenzentrale“ durchgeben. Ferner bestehen Lawinenkommissionen, in denen bergerfahrene Männer ehrenamtlich tätig sind. Ihre Aufgabe ist es, Kreisverwaltungsbehörden und Gemeinden fachkundig zu beraten, ob Maßnahmen zum Schutz vor Lawinengefahren erforderlich sind. Nach einer in Vollzug des Art. 29 Abs. 3 des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung vom 7. 2. 1967 – GVBl. S. 269 –

sind die Gemeinden zur vorübergehenden Sperrung öffentlicher Skiabfahrten, Skibobabfahrten und Rodelbahnen verpflichtet, wenn sich eine konkrete Gefahr durch Lawinen ergibt.

## Der polizeiliche Auftrag

Die Polizei hat die Aufgabe, bei der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit durch Gefahrenabwehr mitzuwirken und bei Unglücksfällen und bei gemeiner Gefahr oder Not unbeschadet der Aufgaben anderer Einrichtungen die erforderliche Hilfe zu leisten. Ihr obliegt daher neben der Hilfeleistung bei Unglücksfällen und der Vermißtensuche insbesondere auch die Verfolgung und Aufklärung strafbarer Handlungen. Dieser gesetzliche Auftrag kann in keinem Falle verantwortlich auf andere Institutionen übertragen werden. Bei unnatürlichen Todesfällen hat z. B. ausschließlich die Polizei die Todesursache festzustellen und die Leichenfreigabe zu erwirken. Daraus ergibt sich, daß die Anwesenheit der Polizei am Tat- oder Unfallort unerlässlich ist.

Die durch Gelände- und Witterungsverhältnisse häufig auftretenden Schwierigkeiten erfordern, daß die Beamten zur Wahrnehmung all dieser Aufgaben besonders ausgebildet und ausgerüstet sein müssen. Ein erfolgversprechender Einsatz ist nur dann gewährleistet, wenn ein erfahrenes und gut aufeinander eingespieltes Team vorhanden ist. Nur dadurch kann auch eine unnötige Gefährdung der eingesetzten Beamten vermieden werden.

Aus dieser Erkenntnis hat die Bayerische Landpolizei in den gebirgsnahen Inspektionen fünf „Alpine Einsatzkommandos“ (AEK) gebildet, die einen rd. 700 km langen Bereich im Voralpenraum zu betreuen haben. Ihre Standorte sind Sonthofen, Füssen, Garmisch-Partenkirchen, Miesbach und Berchtesgaden. Diese Standorte wurden aus polizeitaktischen Gründen so gewählt, weil der Zeitfaktor und die Ortskenntnis bei Einsätzen für den Erfolg von ausschlaggebender Bedeutung sind. Die Stärke der alpinen Einsatzkommandos ist auf 1:8 festgesetzt. Jedem Kommando ist mindestens ein Hundeführer mit einem Lawinensuchhund zugeteilt, der, wenn erforderlich, mit den Beamten des Kommandos innerhalb kürzester Zeit auch mit Hubschrauber in das Einsatzgebiet eingeflogen werden kann. Eine Ergänzung der AEK durch eine gesonderte Lawinenhundestaffel ist bei Bedarf möglich.

Die Beamten der AEK verrichten normalen Dienst; sie erhalten jedoch für diese Aufgabe eine spezielle Ausbildung und werden bei Bedarf zusammengezogen und eingesetzt. Daß wegen der hohen Beanspruchung auf eine gute Kondition, auf besondere bergsteigerische Kenntnisse in Theorie und Praxis und auf eine solide polizeibzw. kriminaltaktische Ausbildung Wert gelegt werden muß, versteht sich von selbst, weil der Einsatzwert gerade hier nicht von einer guten technischen Ausstattung allein abhängt.

## Der taktische Lawineneinsatz

Die Polizei hält bei Lawinengefahr ihre alpinen Einsatzkommandos auf Abruf in Bereitschaft und steht in ständigem Nach-





Ein Hubschrauber der um Unterstützung gebetenen amerikanischen Armee hat das Alpine Einsatzkommando an die Unfallstelle geflogen. Oft kann die Maschine nicht landen, dann müssen Männer und Rettungshund herauspringen.



Gemischter Einsatz eines Sondiertrupps mit Lawinensuchhund. Um das Tier nicht unnötig zu ermüden, bedient sich der Einsatzleiter des fachkundigen Rates des Hundeführers, der auch die Grenzen kennt. Der Suchbereich muß frei von „Verunreinigungen“ sein.



richtenaustausch mit den zuständigen Lawinenkommissionen, Beobachtungsstationen sowie mit den Einsatzkräften der Bergwacht des Bayerischen Roten Kreuzes. Alle technischen Vorbereitungsmaßnahmen für einen Einsatz werden abgeschlossen, um im Falle einer Alarmierung raschmöglich abrücken zu können.

Je nach Ausmaß der sich abzeichnenden Gefahr werden die über Luftrettungsfahrzeuge verfügbenden Stäbe des Bundesgrenzschutzes, der Bundeswehr und der US-Army verständigt. Gerade das ist besonders wichtig, um einen raschen, kräfte-sparenden und erfolversprechenden Einsatz sicherstellen zu können.

Die Erfahrung lehrt nämlich, daß eine Lebendbergung bei Lawinenverschütteten in der Regel nur bis zu 2 Stunden möglich ist. Es gilt also, diese für die Opfer zeitlich sehr befristete Überlebenschance nicht mit Benachrichtigung, Herstellung der Einsatzbereitschaft und Abtransport der Rettungsmannschaften zur Lawinenbahn zu vertun. Führen weder Seilbahn noch Lift zum Lawinengelände, so zeichnet sich als einzige Möglichkeit, den Unfallort rechtzeitig zu erreichen, der Einsatz von Hubschraubern ab, sofern dies die Sicht- und Wetterverhältnisse gestatten.

Bei Aufruf eines Einsatzkommandos ist es notwendig, sofort für den Transport der Lawinensuchhunde in den Einsatzraum Vorsorge zu treffen. Auch dem Lawinenhund sind Leistungsgrenzen gesteckt. Lange, beschwerliche Anmarschwege bei niedrigen Temperaturen oder bei Schneesturm und gar zu nächstlicher Stunde vermindern naturgemäß die Suchgeschwindigkeit des Hundes ebenso wie die Leistungsfähigkeit der Sondier- und Bergungskräfte. Deshalb werden Hundeführer und Diensthund bereits im Rahmen der Ausbildung im Absprung aus dem Hubschrauber besonders geschult und an den Einflug in das Lawinengebiet gewöhnt.

Im Lawinenfeld selbst wird zunächst bei einer Geländebeurteilung die Struktur der Lawine festgestellt. Kein Lawineneinsatz läßt sich nach einem starren Schema durchführen, weil der Liegepunkt von Lawinopfern nicht nur von der Form und Bewachung des Geländes in der Lawinenbahn ab-

hängt, sondern vor allem auch von der Lawinenart und -form, der Verschütteten-situation und vom Lawinenfluß. Erst wenn geklärt ist, ob es sich bei dem unmittelbaren Einsatzraum um einen Teil oder um mehrere, möglicherweise unzusammenhängende Lawinenteile mit Aufschüttungen handelt, können die Reihenfolge der Maßnahmen und der Einsatz der Mittel geprüft werden.

Bei dieser ersten Begehung der Lawine bedient sich der Einsatzleiter des fachkundigen Rates des Leiters der Hundestaffel bzw. des Lawinenhundeführers, der dann logischerweise auch bei der Erstellung des Suchplanes mitzuwirken hat. Wichtig ist hier, die konkreten Möglichkeiten sowie Art und Umfang des Hundeeinsatzes richtig zu erkennen, damit in dem Suchplan auch die Besonderheiten und Grenzen eines solchen Einsatzes entsprechend berücksichtigt werden können.

Je nach dem Ausmaß der Lawine und den Verschüttungsgegebenheiten werden die bereitgehaltenen Diensthunde zunächst unabhängig von der Aufstellung eines Suchplanes aufgeteilt und zu einer sofortigen flüchtigen Suche eingesetzt. Dabei muß sichergestellt werden, daß der Hundeeinsatz Vorrang hat, d. h. daß der Lawinenhund zumindest mit Beginn der Sondierarbeiten im primären Suchgebiet – da, wo sich der Liegepunkt des oder der Verschütteten nach menschlichem Ermessen befinden müßte – eingesetzt wird. In diesem Zeitpunkt ist der Suchbereich nämlich noch frei von Verunreinigungen, so daß die Intensität der Witterung nicht durch andere Einflüsse beeinträchtigt ist. Ob allerdings die Witterung im Einzelfall bis an die Schneeoberfläche durchdringt, hängt von der Dauer der Witterungserzeugung, der Schneeporosität sowie von der Luft- und Schneetemperatur bzw. von der Feuchtigkeit des Schnees ab.

Gelegentlich konnten so schon bei dieser ersten oberflächlichen Grobsuche, die sich auf einen größeren Teil des Lawinenkegels erstreckte, Verschüttete oder Gegenstände von Verunglückten aufgestöbert werden. Aus ihrer Lage im Lawinenkegel ließen sich dabei wertvolle Hinweise für den weiteren Einsatz von Suchmannschaften gewinnen,

die sich meist aus Einheiten der Bundeswehr, der Grenz- und Bereitschaftspolizei, des Bundesgrenzschutzes und aus bewährten, bergerfahrenen Hilfsorganisationen zusammensetzen. Kommen die Suchhunde erst später, also nach den Rettungsmannschaften zum Einsatz, ist die Sondierarbeit zweckmäßig zu unterbrechen, solange gestöbert wird.

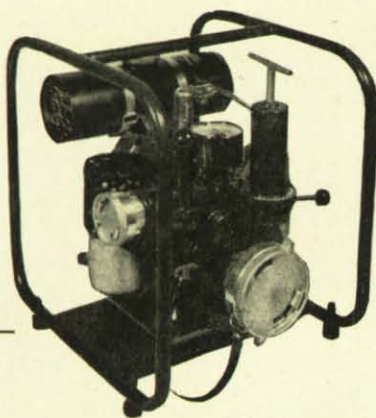
Vom Ergebnis und von den Erkenntnissen aus der Grobsuche hängt es ab, inwieweit die nach dem Suchplan eingeteilten Kräfte ihre Suchfelder systematisch mit den zur Verfügung stehenden Einsatzmitteln abzusuchen haben. In jedem Fall werden auch in dieser Phase Suchhunde eingesetzt, soweit dies die Ausdauer der Tiere, die Gängigkeit des Lawinenkegels und das herrschende Wetter zulassen. Die Tatsache, daß je nach Sachlage mit dem Hundeeinsatz zweckmäßigere und raschere Wirkungen erreichbar sind, rechtfertigt jedoch keinen alternativen Einsatz; denn gerade bei ungünstiger Witterung (z. B. totale Niederhaltung der Witterung durch atmosphärischen Druck, dichter Feuchtschnee, Sturm, Verunreinigungen) oder bei Ermüdung des Suchhundes würde sich eine etwa zahlenmäßige Verringerung oder ein verspäteter Einsatz der Rettungskräfte rächen.

### Einsatzerfolge

Im Bereich der Bayerischen Landpolizei wurden in den letzten drei Jahren insgesamt 69 Einsätze der alpinen Einsatzkommandos notwendig. Davon konnten 46 mit Erfolg abgeschlossen werden. In 34 Fällen war der Einsatz von Lawinensuchhunden möglich; 17mal (= 50%) waren sie erfolgreich.

Hinter diesen nüchternen Zahlen verbirgt sich manche finanzielle und ideelle Investition. Als grundsätzliche Erkenntnis bleibt festzustellen, daß der Lawinenhund keine „Wunderwaffe“, sondern ein qualifiziertes Hilfsmittel der Rettungsmannschaft ist. Solange eine noch so geringe Aussicht auf eine Lebendbergung besteht, wird der unverzügliche Einsatz von Suchhunden notwendig und sinnvoll sein, weil die Tiere aufgrund ihres Fernwitterungsvermögens

(Fortsetzung auf Seite 32)



# MINIMAX

## liefert alles für den Zivilschutz

### Technische und persönliche Ausrüstungen für Brandschutz, Rettung und Laienhilfe

Nebenstehendes Bild zeigt die neue leistungsfähige Kleinmotorspritze TS 05/5 MOTOMAX

**MINIMAX - Aktiengesellschaft, 7417 Urach / Württ.**



# DEUTSCHE SANITÄTS- Shelter

## NACH VIETNAM

Einsatzfähig bei schwierigsten örtlichen Verhältnissen

Von H. C. Weiler, Bonn

**Links unten: Die für Vietnam bestimmte Ausrüstung eines Hauptverbandplatzes des Roten Kreuzes; rechts der OP-Shelter mit Hubstützen und Vorzelt.**

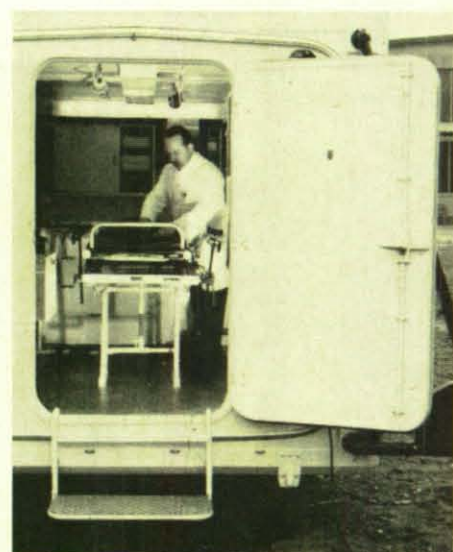
**Rechts: Blick durch die geöffnete Tür in den OP-Shelter. In Betrieb, werden einige Ausrüstungsgegenstände draußen aufgestellt.**

Das Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes stellte kürzlich in Bonn den ersten Sanitäts-Shelter vor, der im Auftrag des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf erworben und ausgerüstet wurde, um in Vietnam Verwendung zu finden. Damit ergibt sich früher als erwartet für dieses Produkt mutiger technischer Entwicklung und sinnvoller Zusammenarbeit deutscher Firmen die Möglichkeit der Bewährungsprobe unter besonders schwierigen Verhältnissen.

Shelter sind eine Neuerung im Ausrüstungswesen. Für die Öffentlichkeit wurden sie erst vor wenigen Monaten bekannt, als ein namhaftes deutsches Werk der Luftfahrtindustrie sein neues Shelter-Programm vorstellte. Nur ein begrenzter Kreis von Fachleuten hatte bis dahin von der Entwicklung Kenntnis. Und kaum jemand, der das

Wort Shelter hört, weiß zunächst, was man darunter versteht. Ein Shelter ist so etwas wie ein Container, jenes Transportgehäuse, in das man Waren packt und mit den verschiedensten Transportmitteln zum Bestimmungsort bewegt. Ein Shelter ist ein Container mit Türen, Fenstern und besonderer Ausstattung. Man kann in ihm wohnen, Geräte aufstellen und arbeiten.

Die Shelter des deutschen Herstellerwerkes zeichnen sich durch geringes Gewicht in Verbindung mit hoher Festigkeit aus. Die Wände bestehen aus Leichtmetall- und Kunststoffplatten, die auf einen Kern aus Plastik-Schaumstoff großer Härte aufgeklebt sind. Das ergibt tragende Bauelemente von hoher Festigkeit und zugleich guten Isolationseigenschaften. Die Wände sind durch Leichtmetall-Profilrahmen zusammengefügt.





| Standard-Shelter                   | 1 500    | 2 500    | 4 000    |
|------------------------------------|----------|----------|----------|
| Länge                              | 2,50 m   | 3,50 m   | 4,50 m   |
| Breite                             | 1,90 m   | 2,05 m   | 2,05 m   |
| Höhe                               | 1,80 m   | 1,90 m   | 1,90 m   |
| Eigengewicht<br>(ohne Hubgeschirr) | 350 kg   | 450 kg   | 600 kg   |
| Nutzlast-Zuladung                  | 1 150 kg | 2 050 kg | 3 400 kg |
| Gesamt-<br>Verladegewicht          | 1 500 kg | 2 500 kg | 4 000 kg |

Als häufigste Transportart ist das Verladen auf Lastkraftwagen anzunehmen. Dazu sind die Shelter mit ausschwenkbaren Stützarmen und Hubstützen versehen. Der Mechanismus ist bewußt einfach gehalten und besteht aus Handwinden mit Drahtseilen, die über Rollen geführt werden. Steht ein Shelter auf dem Boden, so kann er mit Hilfe des Hubstützensystems von Hand so hoch angehoben werden, daß ein LKW üblicher Bauart darunterfahren kann. Der Shelter wird auf die Pritsche abgelassen, die Hubstützen werden seitlich oder auf dem Dach festgezurt. Shelter können aber auch als Anhänger gezogen werden, um die Lastwagen besser ausnutzen zu können; dazu gibt es Fahrgestelle, die unter dem Shelter vorn und hinten angebracht werden. Notfalls kann man einen Shelter über kurze Strecken auch mit Hilfe eines Fahrzeuges oder im Mannschaftszug schleppen; dazu hat er Kufen. Schließlich können Shelter auch zum Schiffs- oder Bahntransport verladen werden. Sie haben serienmäßig an allen oberen Ecken kräftige Ösen. Bei ihrem leichten Gewicht eignen sie sich auch als Außenlast für Hubschrauber. Schließlich können sie wie Paletten in die Laderäume großer Frachtflugzeuge gezogen werden. Und wenn es not tut, können sie sogar schwimmen, denn sie sind wasserdicht.

Nach Meinung ihrer Konstrukteure und namhafter Fachleute füllen die Shelter eine Lücke im Ausrüstungswesen. Sie vereinigen die Vorteile eines festen Gebäudes mit den Möglichkeiten beweglicher Unterkünfte wie Zelte oder Kraftfahrzeuge mit Spezialaufbauten.

Besonders begrüßt werden die Shelter vor allem vom Feldsanitätswesen. Hier betrachten Ärzte und Organisatoren das Zelt schon lange als Anachronismus, da es den heutigen hygienischen Erfordernissen nicht mehr entspricht und der Aufbau von Verbandplätzen mit der in Kisten verpackten Ausrüstung sehr zeitraubend ist.

Wie praktisch gut eingerichtete Sanitäts-Shelter sein können, zeigt sich besonders an dem vom DRK vorgestellten Modell, das von einer Bonner Fachfirma ausgerüstet wurde. Es handelt sich um den Typ 4000 (Maße siehe Tabelle). Die eingebaute medizinische Ausstattung erlaubt chirurgische Eingriffe einschließlich der Amputation von Gliedmaßen. Sie entspricht etwa den Möglichkeiten eines Hauptverbandplatzes. Der OP-Tisch kann bei Bedarf durch Fußhebel verstellt werden. Das Narkosegerät ist an der Wand angebracht. Zur Ausrüstung gehören auch ein Beatmungsgerät und ein Gerät zum Absaugen von Sekret. Der Shelter ist mit einer elektrischen Klimaanlage versehen. Er besitzt ferner einen Wassertank von 150 l und einen Warmwasserspeicher über dem Handwaschbecken. Natürlich ist auch ein Wasserfilter eingebaut. Die elektrische Energie liefert ein Stromgenerator von 5 KVA, der beim Transport im Shelter Platz findet, im Einsatz mit Hilfe eines Kabels in 30 m Entfernung aufgebaut wird. Als Norm-Besetzung sind je ein Arzt, Anästhesist, OP-Schwester (bzw. Sanitäter) und Pfleger vorgesehen.

Die für Vietnam bestimmte Einheit wird zusammen mit einem aufblasbaren und einem konventionellen Zelt verladen werden, die zur vorläufigen Unterbringung und Nachbehandlung der Patienten sowie zum Aufenthalt des Personals dienen. Mit Hilfe von Vordächern und Verbindungsgängen in Zeltbauweise, die es passend zu den Shelters gibt, ist es möglich, auch größere Sanitätsstationen aus mehreren Shelters und Zelten zu bilden. Die in Bonn gezeigte Shelter-Einheit mit Zubehör wurde durch Spenden der deutschen Bevölkerung finanziert. Der Gesamt-Anschaffungspreis betrug 125 000 DM. Das Rote Kreuz hofft, in nächster Zeit weitere Einheiten dieser Art nach Vietnam schicken zu können. Zunächst ist an fünf Shelter mit Hubgeschirren, Fahrgestellen, Inneneinrichtung und je zwei Zelten gedacht.

# Jetzt kaufen!

Preise stark herabgesetzt für Schreibmaschinen aus Vorführung und Retouren, trotzdem Garantie u. Umtauschrecht. Kleinste Raten. Fordern Sie Gratiskatalog P 26



**NÖTHEL** Deutschlands großes Büromaschinenhaus  
A. G. - M. Z. H.  
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

Wir projektieren, liefern und montieren

## Schutzraum-Belüftungen

für den zivilen Luftschutz und Truppenunterkünfte

Unsere Anlagen entsprechen den neuesten Erkenntnissen und Richtlinien.



GEGR. 1882

MASCHINENFABRIK · APPARATEBAU

**GEBR. HERRMANN**

5 KÖLN-EHRENFELD · GRÜNER WEG 8-10

TELEFON 523161 · FS 08-882664

## Packende Fotos · Viele Farbbilder Spannende Reportagen aus allen Bereichen des Sports · Autotests



ein Spiegel  
des Sports

Alle 14 Tage · DM 1,20 · Kostenloses Probeexemplar vom Verlag SPORT-ILLUSTRIERTE, München 13, Schellingstr.39

**BEILAGENHINWEIS:** In einem Teil der Ausgabe unserer Fachzeitschrift liegt ein Prospekt der Firma Verlag SCHULZ, Percha, bei, den wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen.



### ■ Führungswechsel im Hauptpersonalrat



Am 15. Mai 1968 traten die von den Bediensteten des Bundesverbandes für den Selbstschutz am 30. 4. 68 gewählten Mitglieder des Hauptpersonalrates zu ihrer ersten Sitzung im neuen Sitzungssaal der Bundeshauptstelle in Köln zusammen.

In dieser „konstituierenden“ Sitzung wurden zunächst die Gruppensprecher der Angestellten, Arbeiter und Beamten gewählt. In weiteren Wahlgängen erfolgte dann die Wahl der Mitglieder des Vorstandes und schließlich des Vorsitzenden.

Neuer Vorsitzender des Hauptpersonalrates ist nunmehr der Leiter der Bezirksstelle Arnberg, Günther Kopsieker (43).

Kopsieker arbeitete seit 1957 als ehrenamtlicher Mitarbeiter in den Sachgebieten III und VI der Ortsstelle Mönchengladbach. Dort wurde er auch ab 1. 4. 1959 hauptamtlich als Ausbildungsleiter tätig. Ende 1960 übernahm er die Leitung der Ortsstelle Krefeld und im August 1963 die Bezirksstelle Arnberg.

Seit April 1965 ist Kopsieker Mitglied des HPR und des BPR Nordrhein-Westfalen.

### Schleswig-Holstein

#### ■ Dänischer Zivilschutz zu Besuch

In Tinglev, einem Ort unmittelbar hinter der Grenze, liegt die technische Schule der dänischen Zivilverteidigung. Durch ihre einzigartige Ausbildungseinrichtung ist Tinglev Anziehungspunkt für Interessenten aus den Zivilschutzorganisatio-

nen vieler Länder. Ist doch das Übungsdorf eine beispielhafte Anlage, die es der Schule gestattet, in sonst kaum erreichbarer Realistik Schadenssituationen darzustellen und damit den Lehrgangsteilnehmern aus den dänischen Zivilschutzbehörden und -verbänden unter härtesten Bedingungen Aufgaben der Schadensbekämpfung zu stellen.

Der Bundesverband für den Selbstschutz in Schleswig-Holstein hat zum Dänischen Zivilschutz gute dienstliche und persönliche Verbindungen ausgebaut. So haben im Rahmen des Erfahrungsaustausches über die Grenze hinweg auch mehrere Begegnungen zwischen Vertretern der Schule und Helfern der Landesstelle stattgefunden.

Die Kieler Woche 1968 mit ihrem besonders zu den nordischen Nachbarn und Freunden hin geöffneten kulturellen Programm bot der Landesstelle Veranlassung, Vertreter der Dänischen Zivilverteidigung einzuladen. Leider mußte der Chef des Dänischen Zivilschutzkorps, Harald Möller, infolge dringlicher Verpflichtungen absagen. Als seinen Vertreter und gleichzeitig als den Leiter der Schule in Tinglev konnte Landesstellenleiter Dr. Lennartz Sektionschef Holm in seinem Dienstzimmer das Willkommen



Landesstellenleiter Dr. Lennartz begrüßt Sektionschef Holm vom Dänischen Zivilschutz als Gast des Verbandes.

Schleswig-Holsteins und des Bundesverbandes im Lande bieten. Eine Besichtigung der Ausbildungs- und Beratungseinrichtungen in Neumünster und Lübeck bot dem Gast Gelegenheit, das Wesen der Selbstschutzorganisation und Selbstschutzbetreuung in der Bundesrepublik kennenzulernen. Vertieft wurden diese Eindrücke durch die Teilnahme an einer

sehr anschaulich dargebotenen Einsatzübung eines Lehrgangs im Trümmergelände der Landesschule in Ascheberg. W. L.

#### ■ Informationsfahrt

Von den Helfern der Dienststelle Kiel wurden bereits ein Luftschutzwarnamt und ein Wasserwerk innerhalb eines Strahlenschutzbaus besichtigt. In einer Helferversammlung beschloß man eine neue Informationsfahrt. Ziel war die Schule des Landesverbandes Schleswig-Holstein des Deutschen Roten Kreuzes in Bellin am Selenter See. Dort sind Ausrüstung und Gerät der Hilfszugstaffel VII des DRK, ein Arzneimittelbevorratungslager und Fahrzeuge einer Sanitätseinheit des LSHD untergebracht.

Die Erläuterung dieser Einrichtungen begann an einem Modell, das die Aufstellung der DRK-Hilfszugstaffel zeigt, u. a. eine Sanitätseinheit mit Sanitäts- und Krankentransportzug sowie einen Strahlenmeßzug. Außerdem gehören noch zu dieser Staffel Fahrzeuge mit Gerät für einen Technischen Zug, Fernmeldezug und Verpflegungs- und Betreuungszug. Diese Fahrzeuge und das Gerät haben wir später in einer Halle besichtigt. In anderen Gebäuden wurde uns weiteres Gerät und die Lagerung der persönlichen Ausrüstung für die DRK-Helfer gezeigt sowie die Arznei- und Verbandmittelbevorratung. Dieser Vorrat ist für die Bevölkerung in Schleswig-Holstein im Falle einer größeren Katastrophe bestimmt.

Der Leiter der Dienststelle Kiel dankte den Angehörigen des Deutschen Roten Kreuzes, die die Führung übernommen hatten. Er brachte zum Ausdruck, daß ein Helfer, der in der Öffentlichkeitsarbeit oder in der Ausbildung tätig ist, überzeugender wirken kann, wenn er sich an Ort und Stelle über die Katastrophenschutzeinrichtungen informiert hat. W. B.

### Rheinland-Pfalz

#### ■ Ausstellung in Mainz

Vom 23. Mai bis 3. Juni fand in Mainz eine Ausstellung statt, die unter dem Motto „Leben – Wohnen – Freizeit“ eine umfassende Leistungsschau von Industrie, Handel, Handwerk,

Landwirtschaft, Weinbau und Gewerbe zeigte. Über 350 deutsche Firmen – vor allem aus Rheinland-Pfalz – und aus Dänemark, Frankreich, Österreich, der Schweiz usw., warben mit ihren Produkten und Leistungen um die Gunst der 173 000 Besucher, die in den 12 Tagen auf dem Gelände des „Mainzer Volksparks“ die Ausstellung sahen.

Die Dienststelle Mainz, in Verbindung mit der Bezirksstelle Rheinhessen und der Landesstelle Rheinland-Pfalz, war auf dieser Landesausstellung vertreten. In Halle 1 stellten sich Arbeitsamt, Bundespost, Bundesbahn, Stadt Mainz, Landeskriminalamt Mainz und Polizeipräsidium Mainz vor. Hier warb auch der Bundesverband in einem sehr ansprechenden Rahmen (Ausstellungskoje der IPA-Hannover) für die Laienhilfe im Selbstschutz. Eine sehr aktuelle Sonderschau bot der Aufbau einer reichhaltigen Haushaltsbevorratung.

Als Blickfang waren in Glaskabinetten neben einem Stadtteilmodell zwei Faksimile einer Tageszeitung aus dem Jahre 1850 und zwei Bilder von der Großen Bleiche 1945 und 1966 zu sehen. Infolge der politischen Situation in der Welt während dieser Tage war ein reges Interesse der Besucher, hauptsächlich der Hausfrauen, an der Haushaltsbevorratung am Stand des Verbandes festzustellen.

Bundestagsabgeordnete, Vertreter der Landesregierung und der Bezirksregierung, Oberbürgermeister Fuchs sowie Landesstellenleiter Frhr. v. Leoprechting besuchten den Stand. Auch der Südwestfunk war zu Gast und blendete ein Interview seiner Reporterin Frau Verena mit dem Fachgebietsleiter VI der Landesstelle Dr. Fleischer und Bezirksstellenleiter Helmholz in seine Sendung über die Ausstellung ein. S.

#### ■ Vorschriftenbeilage

In der diesem Heft beiliegenden Vorschriftenbeilage wird das „Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes“ abgedruckt. Zwei noch ausstehende Seiten des „IV. Genfer Abkommens“ (Brief und Mitteilungskarte des Zivilinterniertendienstes) werden in einer späteren Ausgabe nachgeliefert.



## Hessen

### ■ Auf dem „Hessentag 1968“

Der „Hessentag“ hat sich im Laufe der Jahre zu einem beachtlichen Faktor unter den hessischen Großveranstaltungen entwickelt. Der diesjährige 8. Hessentag fand Ende Juni in Viernheim im Landkreis Bergstraße statt und hatte eine starke Resonanz bei Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Am 28. Juni eröffnete Ministerpräsident Dr. Zinn den „Hessentag 1968“. In seiner Ansprache wies er darauf hin, daß Viernheim als Beispiel für den Strukturwandel gelten könne; aus einem unbedeutenden Landstädtchen habe sich dieser Ort mit seinen 27 000 Einwohnern zu einem bedeutsamen Mittelpunkt für Wirtschaft und Landwirtschaft in der Südwestecke Hessens entwickelt. Der Bürgermeister Viernheims, Hans Mandel, zugleich Präsident des Hessischen Gemeindetages, erklärte in seiner Begrüßungsansprache, vom Festhalten an einer wenn auch schönen Tradition könnte eine Stadt und auch ein Land nicht leben. Überlieferte Volkskunst und altes Brauchtum müßten sich mit dem Fortschritt verbinden, und das sei in Viernheim zum Wohle der Stadt und seiner Bürger geschehen.

Der Hessentag 1968 wurde umrahmt von einer Reihe von Sonderausstellungen, wobei hier besonders das „Schaufenster Südhessen“ erwähnt werden soll. Diese Ausstellung war ein Spiegelbild der südhessischen Wirtschaft. In 8 Hallen mit insgesamt 6000 qm Fläche zeigten 200 Firmen ihre Erzeugnisse. Besonderes Interesse erweckten mehrere Lehrschau der Landesregierung mit den The-

men „Großer Hessenplan“, „Sport in Hessen“ sowie „Rehabilitation – Hilfe zur Selbsthilfe“.

Von der Kleinsiedlung über die Heilquellen bis zum großen Stahlwerk gab diese Ausstellung einen interessanten Überblick über das pulsierende Wirtschafts- und kommunale Leben im Lande.

Eröffnet wurde diese Ausstellung – ebenfalls am 28. Juni – durch Landesfinanzminister Osswald in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und seines Kabinetts sowie einer Reihe Landtagsabgeordneter. In der Repräsentationshalle der Landesregierung befand sich auch die 72 qm große Ausstellungsfläche des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

Bei einem Rundgang konnte Landesstellenleiter Heldmann Ministerpräsidenten Dr. Zinn, Innenminister Schneider sowie die begleitenden Herren begrüßen. Landesstellenleiter Heldmann berichtete über den Aufbau des Selbstschutzes in Hessen und informierte die Herren insbesondere über die zu erwartenden Auswirkungen des Gesetzes über den Erweiterten Katastrophenschutz im Hinblick auf die Beratung der Bevölkerung in Selbstschutzfragen und die zu intensivierende Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und dem Bundesverband für den Selbstschutz. Das verstärkte Interesse der hessischen Landesregierung für den Selbstschutz der Bevölkerung darf ohne Zweifel auf das inzwischen verabschiedete Gesetz über den Erweiterten Katastrophenschutz zurückgeführt werden.

Die Sonderausstellung des Bundesverbandes war in einem soliden, geschmackvoll gearbeiteten Holzhaus untergebracht.

Sie zeigte in graphischer Schwarzweiß- und farbiger Darstellung die Möglichkeiten des Selbstschutzes in landwirtschaftlichen Gebieten. Sie wurde ergänzt durch ein Eisenbahnmodell. Eine Spielzeuglokomotive zieht einen Güterwagen, auf dem sich in einem Schutzbehälter radioaktives Material befindet. Ein akustisch und optisch arbeitendes Strahlennachweisgerät zeigte die gemessenen Werte an, wenn der Güterzug an einem Ziegelstein, einem Betonstein und an gestampfter Erde vorbeifährt. Der Betrachter kann hier also ohne Mühe erkennen, wie groß die Schutzmöglichkeiten der verschiedenen Materialien gegenüber radioaktiven Niederschlägen sind.

Trotz der glühenden Hitze – die Temperaturen betragen bis zu 40° in der Ausstellungshalle – waren die Repräsentationshalle und auch der Stand des Bundesverbandes für den Selbstschutz gut besucht. Besondere Beachtung fanden u. a. eine Vitrine, die eine Lebensmittelbevorratung als Inhalt hatte, und eine Erste-Hilfe-Ausstattung für Mensch und Tier.

Eine große Anzahl von Mitgliedern des Hessischen Bauernverbandes und der Landfrauenverbände zeigten sich in zahlreichen Gesprächen mit den Helfern Selbstschutzfragen gegenüber sehr aufgeschlossen. Es zeigte sich einmal mehr, daß die Verbundenheit des Landbewohners mit der Scholle das Verantwortungsbewußtsein für die Gemeinschaft erheblich stärker zum Tragen kommen läßt, als das bei dem Städter der Fall ist. Die Helfer und die Angehörigen der Dienststelle Heppenheim des Bundesverbandes für den Selbstschutz hatten große Mengen von Plastikvorratstaschen mit Werbe- und Aufklärungsmaterial gefüllt und konnten sie bereits in den ersten Tagen der Ausstellung an interessierte Besucher abgeben. Erfreulicherweise kann berichtet werden, daß kaum ablehnende Kommentare gegenüber dem Selbstschutz gegeben wurden. I. H.

**Auf dem Informationsstand des Bundesverbandes für den Selbstschutz zum „Hessentag 1968“ in Viernheim. Von links nach rechts: Landesinnenminister Schneider, Ministerpräsident Dr. Zinn, Landesstellenleiter Heldmann und Hauptfachgebietsleiter Hopf.**

### Veranstaltungskalender

Im 2. Halbjahr 1968 führt das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz die nachfolgenden Ausbildungsveranstaltungen durch:

1. Lehrgänge für leitende Bedienstete der Länder  
vom 17.–20. September  
vom 1.–4. Oktober  
vom 5.–8. November  
vom 26.–29. November

2. Lehrgang für Oberkreisdirektoren bzw. Landräte und deren Vertreter  
vom 10.–12. Juli

3. Lehrgänge für Medizinalbeamte der kreisfreien Städte und der Landkreise u. a.  
vom 2.–4. Juli  
vom 24.–26. September  
vom 8.–10. Oktober  
vom 10.–12. Dezember

4. Informationstagungen für leitende Kräfte der kommunalen und überregionalen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke  
vom 23.–24. Oktober  
vom 13.–14. November  
vom 4.–5. Dezember

5. Planungsseminare „Baulicher Zivilschutz“ (Grundlehrgänge) für leitende Bedienstete der kommunalen und staatlichen Bauverwaltungen, der Bauaufsichts- und Baugenehmigungsbehörden sowie für Dozenten der Staatsbauschulen u. a.  
vom 9.–12. Juli  
vom 17.–20. September  
vom 1.–4. Oktober  
vom 22.–25. Oktober  
vom 12.–15. November  
vom 3.–6. Dezember

Die Einladungen zu den Veranstaltungen sind durch das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz an die jeweilig beteiligten Behörden und Verbände ergangen.

### Zu Artikel „Unter Halbmond und Davidstern“

Die Fotos vom Notstand 1967 und aus den Jahren 1948 bis 1950 wurden uns dankenswerterweise vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes und von der Liga der Rotkreuzgesellschaften zur Verfügung gestellt.





## Baden-Württemberg

### ■ Kleine Ausstellung — große Wirkung

Die jüngste Stadt Baden-Württembergs war der Schauplatz der Ausstellung „Schwäbischer Fleiß“. Wie in früheren Jahren beteiligte sich die Dienststelle Esslingen mit einem Repräsentativstand. Entscheidend für den guten Erfolg war die wirkungsvoll gestaltete Frage „WARUM?“. Sie brachte das Gespräch mit den Betreuern

der Koje in Gang und wurde außerdem durch Hinweise auf den Selbstschutz, auf die Notbevorratung und die Erste Hilfe beantwortet. Die Drehmodelle haben zu wiederholten Malen einen guten Dienst geleistet. Neben der Blickfangwand „WARUM?“ waren es die Vorführungen der Tonbildschauen und unserer Filme, die die Besucher anzogen.

Erstaunlicherweise herrschte ein großes Interesse für die aufgelegten Werbe- und Informa-

tionsschriften, besonders für die neuen Gesetzestexte in „Schwarz — weiß“ 3 und 4/68. Wie so oft, konnte festgestellt werden, daß die ablehnende Meinung über den Selbstschutz in erster Linie aus der Unkenntnis über die Aufgaben und Ziele des Verbandes herrühren. Allein aus der Fragestellung konnte entnommen werden, daß vielfach sehr verworrene Vorstellungen mit dem „Selbstschutz“ verbunden sind. Die wohl verbreitetste Ansicht ist

auch heute noch die, daß der Verband nur für einen Krieg vorbereitet. Sie konnte stets sehr schnell widerlegt werden, wenn das Wesen des Selbstschutzes und seine Bedeutung für den Alltag angesprochen wurden. Die kleine Ausstellung hat bewiesen, daß das Kontaktgespräch mit Nicht-Wissenden, Neugierigen und Interessierten die besten Erfolge verspricht, denn es baut Vorurteile ab und führt zu Einsicht, Verständnis und Vertrauen.

### Fortsetzung von Seite 27

im Wettlauf mit der Zeit einen Vorsprung gegenüber allen herkömmlichen Suchmethoden und sonstigen Hilfsmitteln haben. Oft bis zur Ausschöpfung physischer Reserven haben sich unsere Lawinenhundeführer mit ihren Vierbeinern uneigennützig eingesetzt. Wenn vielfach eine Lebendbergung nicht mehr möglich war, so liegt dies sicher nicht an mangelndem Organisationstalent, unzulänglicher Ausrüstung oder fehlender Kondition. Denn da, wo der Wettlauf gegen die Uhr gewonnen wird, kommt es doch zunächst darauf an, daß der Verschüttete den Lawinenabbruch überhaupt überlebt hat. Das ist — wie die Erfahrung lehrt — bei der Mächtigkeit der Lawinenfelder keineswegs selbstverständlich. Außerdem ist ein rascher Erfolg von der Verschüttungstiefe, bei der der Hund die Geruchswerte des Verschütteten noch wahrzunehmen vermag, von den Schneeverhältnissen und von den Temperaturen abhängig. Deshalb ist der Aussagewert jeder Statistik über die Erfolgsaussichten und über die Ergebnisse eines Einsatzes mit Suchhunden sehr relativ. Man kann gerade hier ohne genaues Studium des Einzelfalles keine Schlüsse über den Wert eines solchen Einsatzes ziehen. Um so sinnloser wäre es, eine Berechnung der Rendite für Ausbildung und Unterhalt von Rettungsdiensten anstellen zu wollen.

### Ausbildungsfragen

Gerade in der Zeit des Massenalpinismus ist es vordringlich, genügend Menschen und Tiere im Bergrettungsdienst auszubilden, weil mit dem erfahrenen Wintersportler und Hochalpinisten auch sensationslüsterne, ungeübte und mit den Gefahren der Bergwelt kaum vertraute Mitbürger in unseren Alpen verweilen, die recht oft präventive Maßnahmen der zuständigen Organe auf dem Gebiet des Warndienstes mißdeuten oder gar mißachten. Die Führungskräfte der Polizei pflegen deshalb mit allen im Bergrettungsdienst eingesetzten Institutionen einen engen Erfahrungsaustausch, um den Einsatz der alpinen Kommandos so wirksam wie möglich zu gestalten. Diese Erkenntnisse werden in der Ausbildung der eigenen Dienstkräfte umgesetzt.

Im einzelnen ergeben sich aufgrund der Besonderheiten des Einsatzes folgende Forderungen:

a) Die Ausbildung muß praxisbezogen sein.

Dazu gehört, daß sich der Hundeführer fachlich und körperlich auf die Anforderungen derartiger Einsätze vorbereitet. Im Rahmen der Sommer- und Winterausbildung der AEK werden ihm die Kenntnisse vermittelt, die er für einen erfolgsversprechenden Einsatz des Suchhundes braucht. Er muß wissen, wann, wo, wie und wie lange er seinen Hund einsetzen darf. Verhalten im lawinengefährdeten Gelände, Suchansatz (je nach Windrichtung verschieden) und Suchbegrenzung dürfen ihm nicht nur aus der Theorie einer Dienstvorschrift heraus bekannt sein.

b) Hundeführer und Diensthund müssen daran gewöhnt werden, mit Hubschraubern in den Einsatzraum einzufliegen. Die Praxis zeigt, daß gerade das Absetzen von Rettungsmannschaften im unwegsamen Gebiet einer gewissen Übung bedarf. Deshalb werden die Beamten der AEK auf ihre Flugtauglichkeit überprüft und schulmäßig im Gebirge mit den Besonderheiten des Lufttransportes vertraut gemacht.

c) Der Lawinensuchhund muß im Verbelen von hilflosen Personen, von Toten und von Sachen sowie im Verweisen verschütteter Personen und Sachen besonders abgerichtet werden. Die Sucharbeit ist im wesentlichen Stöberarbeit. Bei der Auswahl der für den Sucheinsatz vorgesehenen Diensthunde ist davon auszugehen, daß der Hund im Bergeinsatz schon wegen der oft extremen Witterungsbedingungen die gleiche Kondition haben muß wie sein Führer. Das bedeutet, daß man hierfür nur solche Tiere vorsehen soll, die ihren Anlagen nach den harten Anforderungen des Trainings und Einsatzes gerecht werden können; sie müssen groß, stark und ausdauernd sein und sollen ein winterhartes Haarkleid tragen.

Die bei der Bayerischen Landpolizei eingesetzten Deutschen Schäferhunde wurden vor der besonderen Abrichtung auf ihren ausgeprägten Geruchssinn, ihre Dressurfähigkeit und ihr Temperament überprüft. Es hat nämlich wenig Sinn, einen Hund mit wenig ausgeprägtem Riechorgan anzusetzen, weil dadurch beim Absuchen eines Lawinenkegels kostbare Zeit verlorengeht und die ohnehin geringe Möglichkeit einer Lebendbergung vertan wird.

Der Erfolg eines Suchhundes ist u. a. abhängig von der Wetterlage, von der Intensität der Witterungsquelle, aber auch von der Suchgeschwindigkeit. Im Rahmen der Ausbildung sind deshalb — ohne daß ein

Suchzwang ausgeübt wird — Tempo und Ausdauer des Hundes so zu steigern, daß er allmählich auch außergewöhnlichen Einsatzbedingungen gewachsen ist, wie sie z. B. bei starkem Schneefall, Graupelregen, Dunkelheit bestehen.

d) Hundeführer und Suchhund bilden ein Team. Der Führer muß den Hund ständig beobachten. Er muß wissen, wie das Tier beim Verweisen reagiert und was er ihm zumuten darf. Er muß den Hund im wahrsten Sinne des Wortes „führen“, ohne ihn zu dirigieren. Der Hundeführer muß spüren, wieviel Freiheit er seinem Gehilfen belassen kann. Er muß deshalb schon bei der Ausbildung darauf bedacht sein, daß das Tier arbeitsfreudig innerhalb der Suchgrenzen stöbert. Hat der Hund eine Stelle verwiesen, muß der Hundeführer in einer Art Arbeitsteilung die Hauptgrabarbeit übernehmen, bis er Gewißheit hat, ob die Stelle richtig verwiesen wurde. Andernfalls würde das Tier zu rasch ermüden und für wichtigere Aufgaben ausfallen.

Beim Eingraben von Übungsopfern ist dafür Sorge zu tragen, daß aus Sicherheitsgründen die Funksprechverbindungen ständig überprüft, die Übungsfelder häufig gewechselt, Vergrabungsstellen je nach Ausbildungsstand tiefer angelegt und Übungspersonen ausgetauscht werden. Im Zuge der Ausbildung ist auch darauf zu achten, daß der Hund nach einer gewissen Zeit der Eingrabung von „Opfern“ nicht mehr zuschaut, weil sonst „Türken gebaut“ werden und man sich leicht über Fehler und Mängel täuschen läßt.

e) Die Bergungstechnik umfaßt neben guten Kenntnissen in der Leistung Erster Hilfe und in der Durchführung von Wiederbelebungsvorversuchen (einschließlich der Nase-zu-Mund-Beatmung) auch den Abtransport von Lawinenopfern aus dem Lawinenfeld. Der ordnungsgemäßen Versorgung von Verunglückten ist daher im Rahmen der Ausbildung ebenfalls breiter Raum zu geben.

Wenn die Polizei gerade in letzter Zeit der Ausbildung und dem Einsatz von Lawinensuchhunden so große Bedeutung beigemessen hat, so geschah dies aus der Erkenntnis, daß sich der Hund bei der Suche nach vermißten Personen als wertvoller Helfer erwiesen hat. Die Polizei wird bemüht bleiben, diesen erfreulichen Leistungsstand zu halten, um damit einen weiteren Beitrag im Dienst an der Allgemeinheit zu leisten.



# WIRBELSTURM RASTE ÜBER PFORZHEIM

Bei der größten Sturmkatastrophe in Südwestdeutschland seit Menschengedenken ist am Abend des 10. Juli die Notwendigkeit des Selbstschutzes – überzeugender denn je – deutlich bewiesen worden. Zwei Todesopfer sind zu beklagen; mehr als 300 Menschen wurden verletzt, über 100 obdachlos. Der Sachschaden beläuft sich auf weit über 150 Millionen D-Mark.

Unmittelbar nach der Katastrophe, die kurz vor 22 Uhr Pforzheim und umliegende Ortschaften heimsuchte, waren schon 15 Helfer der Dienststelle Pforzheim des Bundesverbandes für den Selbstschutz im Einsatz. Bei der Einsatzbesprechung am folgenden Morgen mit Oberbürgermeister Dr. Weigelt bot Dienststellenleiter Fränkle Verstärkung an. Die Stadtverwaltung übernahm den Lohnausfall der weiteren 15 Helfer, die im Einvernehmen mit ihren Arbeitgebern zum Katastropheneinsatz gingen.

Die Hauptarbeiten bezogen sich auf Räumung der Straßen an den zerstörten Anwesen. Das in der Selbstschutz-Ausbildung Erlernete zeigte sich bei den zahlreichen

**Unsere Bilder machen deutlich, mit welcher Gewalt der Sturm über die Stadt hinwegbrauste. Viele freiwillige Helfer und Helferinnen waren nötig, um Ordnung in das Chaos zu bringen.**



Bergungsarbeiten von Nutzen. Viele Dächer mußten notdürftig abgedeckt und gesichert werden, um weiteren Wasserschaden zu verhindern. Die Selbstschutzkräfte leisteten mit den Helfern anderer Hilfsorganisationen vorbildliche Arbeit, war doch die Selbsthilfe der Bevölkerung die wirksamste Maßnahme. Der Einsatz der Hilfskräfte mit schwerem Gerät und Maschinen wurde vielfach durch Trümmer, aber auch durch neugierige Zuschauer stark behindert. Hilfswillige Schülerinnen und Schüler sowie Bedienstete der Stadtverwaltung, die sich freiwillig für Aufräumarbeiten gemeldet hatten, wurden vom Bundesverband für den Selbstschutz mit Arbeitskleidung versehen und den sogenannten Stützpunkten in den verschiedenen Schadensgebieten zur tatkräftigen Mithilfe zugeführt.

Insgesamt waren in den Einsatztagen von Mittwochnacht bis Dienstagabend, 16. Juli, 260 Selbstschutzkräfte im gezielten Einsatz, wobei sich zeigte, was Selbstschutz und Nachbarschaftshilfe im Ernstfall leisten können.

Klaus Adam





Rechts: Beim Feuer- und Zivilschutzamt in Bonn wurden diese neuartigen Schaumrohre vorgestellt. Diese Rohre sind einfach zu handhaben, leicht im Gewicht und schaffen bis zu 150fache Verschäumung.



Oben: Feuerwehrmänner aus Oxford besuchten ihre Kollegen in Bonn. Hier erklärt Branddirektor Dipl.-Ing. Diekmann die Funktion einer Turbinen-Tragkraftspritze der LS-Wasserförderbereitschaft.

**ZB** im Bild



Das Studio „Windrose — DuMont-Time“ stellt zur Zeit einen Film über den Selbstschutz her. Ende Juni drehte ein Aufnahmeteam an der Bundesschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Waldbröl mehrere Szenen. Einen Tag kam auch der bekannte Fernsehpublizist Peter von Zahn nach Waldbröl, um auf dem Übungsgelände (unser Bild) vor einem realistischen Hintergrund einen Kommentar zu sprechen, der diesen Fernsehfilm einleiten wird.